

# Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 M., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 9. Mai 1896.

Inserate die vier-spaltige Bettzeile oder deren Raum 20 M. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Meisenstraße Nr. 12.

**Inhalt:** Briefe aus dem Reichstag. — Die Arbeitslosenstatistik. — Ursachen und Verlauf des Tuchmacherstreiks in Kottbus. — Sanitäre Vorschriften und Vorsichtsmassregeln für Bleibsther und deren Schiffsleute. — Aufruf an die deutschen Metallarbeiter, betreten internationalen Kongress in London. — Deutscher Metallarbeiterverband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter: Bekanntmachung des Vorstandes. Korrespondenzen. — Literatur.

## Zur Beachtung.

Zugung ist fernzuhalten: Von Schlossern nach **Wschaffenburg** (Herdfabrik Kolofeus); Feilenhauern (auch Maschinenhauern) nach **Berlin** (Wägdefran), **Magdeburg-Buckau** und **Havensburg**; Dreher, Kupferschmiedern, Metallgießern und Schlossern nach **Kottweil** (Vetter); von Metallgießern nach **Berlin** (Berliner Messingwerke); Silber- und Aluminiumschlägern nach **Fürth** und **Schwabach**; Metallschlägern nach **Dresden u. Großschönau**; Zinn- gießern nach **Nürnberg**; Metallarbeitern a. Br. nach **Gaggenau** (Industriewerk Bergmann); Nähmaschinen- und Fahrradbranche nach **Bielefeld** (Dürrlopp & Co.); von Klempnern nach **Leipzig**.

## Briefe aus dem Reichstag.

Berlin, Ende April.

Wenn man nur von Zeit zu Zeit einen knappen Bericht über die für die Arbeiter wichtigsten Verhandlungen des Reichstags geben kann, dann ist nicht daran zu denken, die chronologische Reihenfolge der einzelnen Gegenstände genau einzuhalten, auch müssen ganze Reihen von Berathungsgegenständen überhaupt weggelassen werden. Es ist das bei dem ohnehin beschränkten Raum eines wöchentlich einmal erscheinenden Gewerkschaftsblattes, der in den letzten Wochen in Folge einer wahren Ueberfülle von Korrespondenzen in der „Met.-Arb.-Ztg.“ noch beschränkter war als sonst, auch gar nicht anders denkbar, denn schließlich hat ein Arbeiterorgan, welches vorwiegend die wirtschaftlichen Interessen großer Proletariatsgruppen zu vertreten hat, sich doch auch mit wichtigeren Dingen zu befassen, als alle die, oft so üben, Reichstagsbeschlüsse zu registrieren.

Schon einige Zeit vor Ostern habe ich aufgehört, in der „Met.-Arb.-Ztg.“ mich mit den Unterhaltungen des „hohen Hauses“, das vor dem Brandenburger Thore in Berlin tagt, zu beschäftigen. Seitdem ist aber doch so manches passiert, was auch in unserer Zeitung nicht ganz unbeachtet bleiben darf, selbst wenn sie ein wenig post festum damit kommt.

Das „bürgerliche Gesetzbuch“, resp. den nach vieljähriger Erschöpfung deutscher Professoren- und Juristenweisheit entstandenen Entwurf eines solchen, hat man in eine besondere Kommission verwiesen, welche inzwischen auch thatsächlich fleißig gearbeitet hat und mit ihrer Berathung nahezu bis zur Hälfte der dritthalb-

tausend Paragraphen, mit denen das deutsche Volk „bealliiet“ werden soll, gelangt ist. Ob sie bis zum Schluß der Session auch die andere Hälfte schaffen wird, ist eine Frage, die man um so weniger beantworten kann, als man nicht weiß, wie lange der blütenlose Reichstag noch zusammengehalten sein wird. Daß aber an die Durchberathung dieses umfangreichsten Gesetzesentwurfes im Plenum nicht mehr zu denken ist, steht für Jedermann fest. Es gab zwar Optimisten, die die Fertigstellung für möglich hielten. Einige meinten sogar, es sei nicht bloß möglich, sondern auch „nothwendig“, denn in dem Jahre, da das 25jährige Bestehen des „glorreichen“ deutschen Reiches festlich gefeiert wurde, müsse demselben auch ein einheitliches bürgerliches „Recht“ bescheert werden. Selbst wenn nun die Sozialdemokraten nicht, wie sie es gethan haben, angekündigt hätten, daß sie eine „Durchpeitschung“ des wichtigen Gesetzes nicht zugeben, sondern zu jedem Abschnitt ihre in der Kommission abgelehnten Anträge wieder einbringen, so würde doch das Gesetz bei einer nur einigermaßen gewissenhaften Prüfung des enormen Materials nicht fertig werden. Man muß sich deshalb schon dabei bescheiden, daß es noch eine Session oder zwei länger dauert, bis das „juristische Denkmal Deutschlands“ unter Dach gebracht wird. Unter diesen Umständen erscheint auch die Mittheilung der Zeitungen glaubhaft, daß die Session nicht geschlossen, sondern nur vertagt wird, damit die schon geleisteten Kommissionsarbeiten nicht Makulatur werden, was nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung eintreten würde, wenn die Session einen förmlichen Schluß erfahren würde. Bei einer bloßen Vertagung gelten dagegen die Vorarbeiten der Kommissionen bei Wiederaufnahme der Sitzungen weiter.

Gelegentlich der kurz vor Ostern beendeten Staatsberathungen führte der „Arbeiterfreund“ König Stumm wieder eine reizende Szene herbei. Beim Etat des Innern wurde selbstredend auch über das geredet, was man in Deutschland „Sozialreform“ nennt und von verschiedenen Rednern der bürgerlichen Parteien monir, daß noch immer nichts geschehen ist, um die rechtliche Anerkennung der „Berufsvereine“, wie Max Hirsch und Professor Hize sie wollen, herbeizuführen. Der preussische Handelsminister, Freiherr v. Berlpsch, erklärte in seiner stets „korrekten“ Manier, daß die verbündeten Regierungen noch nicht Zeit und Gelegenheit gehabt hätten, sich mit dieser Frage zu befassen. Nun hatte Stumm schon einen starken Ingrimm gegen den Minister gefaßt, weil derselbe gelegentlich der Konfektions-Interpellation den Streik der Berliner Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen für vollständig berechtigt erklärt hatte. Und jetzt konnte derselbe Minister sich wiederum nicht dazu „aufschwingen“, den lästigen Fragen kurz und bündig zu erklären, daß die Regierung sich nie dazu herbeilassen werde, „Streikvereinen mit Volksverführern an

der Spitze“, wie die Majestät von Neunkirchen die braven Gewerkvereine zu betiteln geruhen, zu fördern. Und da der Minister eine solche „zerschmetternde“ Erklärung nicht abgab, darum trat Stumm höchstselbst in die Schranken und hielt eine Philippika, die nicht von schlechten Eltern war.

Bei der Position „Reichsversicherungsamt“ hielt der Berliner Bierkönig, Kommerzienrath Müllke, eine sehr „schöne“ Rede über die Vortrefflichkeit der von den Berufsgenossenschaften getroffenen Einrichtung zur „Pfleger“ und Heilung der verunglückten Arbeiter, wobei er auch der berufsgenossenschaftlich subventionirten Anstalten, in denen die Arbeiter auf mechanisch-medizinischem Wege riesig gequält werden, um rascher ihre volle Arbeitskraft (?) wieder zu erlangen, damit die Berufsgenossenschaften weniger Rente zu bezahlen brauchen, ein gar liebliches Loblied sang. Als nun die Abgeordneten Mollenhuth und Stinger, die gerade diesen letzteren Punkt einmal vom sozialdemokratischen Standpunkt beleuchten wollten, sich anschickten, dem Herrn Kommerzienrath zu antworten, wurde — Schluß der Diskussion beschlossen, da das Haus ausnahmsweise einmal beschlußfähig war, und dadurch der Schmerzensschrei der Arbeiter, den die Herren ja so ungerne hören, gewaltsam unterdrückt.

Veinache wäre es am Tage des famosen Reichsjubiläums noch zu einer großen Konfliktdebatte gekommen über den Lieber'schen Antrag, die Hälfte der Ueberschüsse aus den Matrikularbeitrags-Ueberschüssen (dieses Jahr 12 1/2 Millionen Mark) zur Rückzahlung von Reichsschulden zu verwenden, aber schließlich „verständigte“ man sich doch, wohl in der allseitigen, wenn auch unangelegentlich Ueberzeugung, daß es bei den Riesensummen, welche Stat und Reichsschulden repräsentiren, ganz „Wurscht“ sei, ob man alljährlich so ein paar armselige Millionen heimzahle oder nicht. Am Ende werden ja doch die Staatsschulden aller sogenannten Kulturländer auf anderem Wege aus der Welt geschafft werden müssen.

Nach den Osterferien begann man sofort mit der zweiten Lesung des unlauteeren Wettbewerbs, parodon des Gesetzes gegen den „unlauteren Wettbewerb“. Das ist ein Gesetz, durch welches die Kapitalisten verhindert werden sollen, sich gegenseitig mittelst schwindelhafter Anpreisung ihrer Waaren und verwandter Praktiken allzusehr über die Ohren zu hauen. Als ob dies in der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt möglich wäre! Die schlimmste der angenommenen Bestimmungen enthält der § 9, welcher seine Spitze hauptsächlich gegen arme Teufel von Handlungsangestellten richtet, welche über die „Geschäftsgeheimnisse“ ihrer Herren Prinzipale etwas ausplaudern. Derselbe lautet:

„Mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark oder mit Gefängniß bis zu einem Jahre wird bestraft, wer als Angestellter, Arbeiter oder Lehrling eines Geschäftsbetriebes Geschäfts- oder Betriebsheim-

nisse, die ihm vermöge des Dienstverhältnisses anvertraut oder sonst zugänglich geworden sind, während der Geltungsdauer des Dienstverhältnisses unbefugt an Andere zu Zwecken des Wettbewerbes oder in der Absicht, dem Inhaber des Geschäftsbetriebes Schaden zuzufügen, mittheilt. Gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher die Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse, deren Kenntniß er durch eine im Absatz 1 bezeichneten Mittheilungen oder durch eine gegen das Gesetz oder die guten Sitten verstoßende eigene Handlung erlangt hat, zu Zwecken des Wettbewerbes unbefugt verwerthet oder an Andere mittheilt. Zuwiderhandlungen verpflichten außerdem zum Ersatz des entstandenen Schadens. Mehrere Verpflichtete haften als Gesamtschuldner.“

Für die Arbeiterklasse im Allgemeinen ist dieses Gesetz von keiner oder doch von wenig Bedeutung. Dasselbe wird in der Hauptsache ziemlich wirkungslos bleiben, für „Rechtsbesessene“ aber den Vortheil haben, daß die Denunziationen und damit die Prozesse sich mehren werden.

Dagegen ist für die Arbeiter von großem Interesse das Gesetz „betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften vom 1. Juni 1889, sowie den Geschäftsbetrieb von Konsumanstalten.“

Die hauptsächlichsten Bestimmungen dieses Gesetzes, welches der Initiative der Zünftler und dem Hag der Kleinhändler gegen die Arbeitergenossenschaften seinen Ursprung verdankt, sind folgende:

§ 20: Durch das Statut kann festgesetzt werden, daß der Gewinn nicht vertheilt, sondern dem Reservecapital zugeschrieben wird.

§ 30b: Von Konsumvereinen oder von Gewerbetreibenden, welche mit solchen wegen Waarenabgabe an die Mitglieder in Verbindung stehen, dürfen Marken oder sonstige nicht auf den Namen lautende Anweisungen oder Werthzeichen, welche anstatt baaren Geldes die Mitglieder zum Waarenbezug berechtigen sollen, nicht ausgegeben werden.

§ 145a: Personen, welche für einen Konsumverein den Waarenverkauf bewirken, werden, wenn sie der Vorschrift des § 8 Absatz 2 zuwider wissentlich oder ohne Beobachtung der nach § 30a vom dem Vorstande erlassenen Anweisung Waaren an andere Personen als an Mitglieder oder deren Vertreter verkaufen, mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark bestraft.

Gleiche Strafe trifft das Mitglied, welches seine Legitimation, durch die es zum Waarenkauf in einem Konsumverein oder bei einem mit diesem wegen Waarenabgabe an die Mitglieder in Verbindung stehenden Gewerbetreibenden berechtigt wird, einem Dritten zum Zweck unbefugter Waarenentnahme überläßt.

Dritte, welche von solcher Legitimation zu demselben Zweck Gebrauch machen, oder auf andere Weise zu unbefugter Waarenabgabe zu verleiten unternehmen, werden in gleicher Weise bestraft.

§ 145b: Mit Geldstrafe bis zu

stuhundertfünfzig Mark wird bestraft, wer Waaren, die er aus dem Konsumverein oder von einem mit diesem wegen Waarenabgabe in Verbindung stehenden Gewerbetreibenden auf Grund seiner Mitgliedschaft bezogen hat, gegen Entgelt gewohnheitsmäßig oder gewerbsmäßig an Nichtmitglieder veräußert. Diese Bestimmung findet keine Anwendung

1. wenn ein Mitglied eines Konsumvereins die von ihm bezogenen Waaren in seiner Speiseanstalt oder an seine Kostgänger zum alsbaldigen persönlichen Verbrauch abgibt,
2. wenn ein Konsumverein, welcher Mitglied eines anderen Konsumvereins ist, die aus letzterem bezogenen Waaren an seine Mitglieder abgibt.

§ 145c: Zuwiderhandlungen gegen die Vorschrift des § 30b werden mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark bestraft. —

Die Regierung stand früher auf einem ganz anderen Standpunkt. Sie hätte es im Jahre 1889 in der Hand gehabt, die jetzt beschlossenen Strafparagrafen in das Gesetz hineinzubringen. Sie unterließ es aber und so blieb das von dem „berühmten“ nationalliberalen Abgeordneten Amtsrichter Kulemann beantragte und mit Hilfe der vereinigten Schwarzen und Schwarzweißen durchgesetzte Verkaufsverbot an Nichtmitglieder wirkungslos. Der bezügliche Antrag blieb beim Sammelsturm, zum rasenden Mäher namentlich der Jünger, mit ein paar Stimmen in der Minderheit. Hätte der Bundesrath es in dieser Fassung nicht genehmigt, so wäre bei einer alsbaldigen Wiedervorlage entweder der Strafparagraf angenommen oder das Verkaufsverbot abgelehnt worden, die damaligen Parteiverhältnisse ließen alle möglichen Schwankungen zu, heute ist aber für solche reaktionäre Maßregeln eine kompakte Mehrheit vorhanden. Und heute legt die Regierung selbst solche Entwürfe vor! „Welch' eine Wendung durch — wessen? — Fügung!“

„Leben in die Dube“ brachte die von den Ultramontanen in Folge des Kogeduell eingetragene Resolution, resp. der von „Freisinnigen“ im Anhang hiezu gestellte Antrag, auf die Beseitigung dieses feudal-militärisch-bourgeois Anzugs hinzuwirken. Den wenigsten Bedauern der bürgerlichen Parteien war es bei der Debatte erust mit dem, was sie sagten. Sind sie oder doch ihre heranwachsenden Angehörigen ja alle mehr oder weniger dabei theilhaftig. Auch die Schwarzen, die so sittlich und gottesfürchtig dabei thaten, fügten sich im Ernstfalle, ihre Zugehörigen treten oft genug lieber aus den katholischen Verbindungen, welche das Duell verbieten, als aus dem Offiziersverhältnis aus. Man weiß ganz genau, daß das Duellwesen in Deutschland nicht aus der Welt zu schaffen ist, so lange man nicht der einen Stelle, welche es hauptsächlich hält, eine Aenderung des Strafgesetzbuches entgegensetzt, wonach Tödtung im Duell als Mord mit Zuchthaus bestraft wird. — Die Arbeiterklasse ist aktiv an diesen Dingen nicht theilhaftig. Proletarier duelliren sich nicht. Und wenn in bürgerlichen Kreisen, die noch nicht ganz korrupt sind, durch die Fortdauer des Unwesens die „Autorität untergraben“, der „Umsturz“ gefördert wird, so haben wir keine Ursache, darüber Thränen zu vergießen.

Die jüngsten Tage brachten eine mehrtägige Debatte, die für die große Arbeiterbewegung einerseits von unschätzbarem Werthe ist, wenn sie auch andererseits einer bestimmten, org gedrückten Arbeiterkategorie Schaden bringen kann. Das ist die Debatte über die Reformen im Bäckergerwerbe, welche der Bundesrath auf Anregung der Kommission für Arbeiterstatistik ausgearbeitet hat. Die Herren Konservativen Mantuffel und Gen.

— schade, daß der edle Hammerstein nicht mehr mit ihm konnte — haben eine Interpellation eingebracht, worin die Regierung wegen ihres Eingreifens in die Zustände im Bäckergerwerbe getadelt wird. Das Eingreifen des Bundesraths erfolgt bekanntlich auf Grund des § 120a der Gewerbeordnung, welcher der obersten Reichsbehörde ausdrücklich das Recht einräumt, für Gewerbe, in denen durch das Bestehen ungünstiger sanitärer Verhältnisse oder einer übermäßig langen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet erscheint, einen Zwangsnormalarbeitszeit und sonstige Reformen einzuführen. Bei Schaffung der jüngsten Gewerbeordnungs-Novelle, welche euphemistisch „Arbeiterschutzesetz“ genannt wird, stimmten die konservativen Herren beider Couleurs sammt ihrem antisemitischen Anhang für den Paragrafen, wohl in dem „Vertrauen“ zur Regierung, daß dieselbe keinen Gebrauch davon machen werde. Aber es gibt eben Dinge, die so „himmelschreiend“ sind, daß sich dagegen selbst der Bundesrath des deutschen Reiches die Ohren nicht verstopfen kann. Und zu diesen Dingen gehören die Zustände in den Bäckereibetrieben, so daß der Bundesrath sich genöthigt sah, auf Grund der bekannten Debel'schen Veröffentlichungen Erhebungen vornehmen zu lassen, die dazu führten, die erwähnten Reformvorschriften zu entwerfen, durch welche in der Hauptsache den gequälten Bäckerknechten, wie man diese Arbeiter in der Sprache des Mittelalters wohl nennen kann, ein 13 1/2 resp. 12stündiger Arbeitstag gewährleistet werden soll. Natürlich haben die „armen“ Bäckermeister, die ihre Köpfe vielfach kaum durch den Brodschalter zu stecken vermögen, gegen solche „Vergewaltigung durch Polizeimaßregeln“ ein gewaltiges Geschrei erhoben und die biederen Junker, in puncto Brodbertheuerung ihre treuesten und vielnehmendsten Genossen, sprangen als „Retter des Mittelstandes und des Handwerks“ im Parlament für sie ein! Der unverschämteste Gegner der mageren Reform war der Antijemit Zielhaben, des wackeren Leuf Nachfolger im Amt. Er, der selbst Arzt ist, leugnete direkt die ganze Misere in den Bäckereibetrieben und behauptete mit echt antisemitischer Frechheit, die Reformen würden bloß von den Sozialdemokraten verlangt, um die kleinen Bäckermeister zu ruiniren! Und dabei ist statisch nachgewiesen, daß die kleinen Bäckereien wenig oder gar nicht durch die Verbesserungen geschädigt, dieselben vielmehr vorwiegend auf die großen Geschäfte Anwendung finden würden.

Der freisinnigere Bergwerksdirektor Merbach ist deswegen dagegen, weil er des Morgens seine frische Bemme nicht missen will.

Daß das ganze „freisinnige“ Manchesterthum gegen die staatliche Einmischung ist, braucht kaum noch besonders hervorgehoben zu werden.

Ein reizendes Bild war's, diese allgemeine „bürgerliche Einigkeit“, sogar gegen das, was die Regierung den bedrücktesten der Arbeiter bieten will!

Zu einer glänzenden Rede führte unser Genosse Mollenbaur die ganze heuchlerische Gesellschaft ab, deren „Arbeiterfreundlichkeit“ in's gebührende Licht riefend. Mögen die Arbeiter nun nur bei jeder Gelegenheit, wo von den „Ordnungs“-parteien versichert wird, daß sie die eigentlichen Anhänger einer wahren, „gesunden“ Sozialreform seien, auf die Bäckerdebatte im Reichstag hinweisen. Ob der Bundesrath durch das Geklaff der kapitalistischen Meute sich soweit einschüchtern lassen wird, die Verordnung zurückzuziehen, wird man ja bald sehen, denn die Mantuffel und Konsorten haben nun auch noch einen direkten Antrag eingebracht, durch welchen die Regierung aufgefordert wird, die Verordnung nicht in Vollzug zu setzen!

Als diese Zellen im Druck erscheinen, wird wohl über diesen Antrag von dem „arbeiterfreundlichen“ Reichstag entschieden sein.

**Die Arbeitslosenstatistik.**

F. H. In den großen sozialen Problemen, welche in der heutigen Gesellschaft ihrer Lösung harren, gehört unstreitig die Frage der Arbeitslosigkeit. Durch den gewaltigen Fortschritt der Industrie ist die Arbeitszeit des Arbeiters nicht verkürzt, sondern im Gegentheil, in Folge der intensiveren Anspannung der Kräfte, verlängert worden, was wiederum mit Nothwendigkeit eine Armee von Arbeitslosen, eine Reservearmee zur Folge hatte. Diese industrielle Reservearmee ist heute bereits in allen Großstädten eine dauernde Institution geworden. Die Existenz des heutigen Arbeiters wird von Tag zu Tag unsicherer; ihm bleibt nur der Wechsel zwischen gänzlicher Arbeitslosigkeit und einer kurze Zeit währenden angestrengten Thätigkeit; ein Wechsel übrigens, der gewöhnlich immer weiter und rascher sich wiederholt. Professor Hertner schätzt die Zahl der in Deutschland ständig arbeitslosen Männer auf 200 000 bis 300 000. Und welches Gefühl diese arbeitslosen Menschen beherrscht, die Tage, Wochen und Monate lang immer wieder vergebens ihre harten Arbeitshände oder geistigen Eigenschaften dem Arbeitsmarkt anbieten, ohne Abnehmer zu finden, das kann man sich leicht vorstellen. Ist doch die Arbeiterklasse durch diese ungeheure Reservearmee fast vollständig in die Notwendigkeit des Kapitals gebracht und dieses übt seinen Einfluß auf beide Pole des Marktes, auf Angebot und Nachfrage aus.

Unsere bürgerlichen Sozialpolitiker fangen denn auch an einzusehen, daß, wenn die Nothlage auf wirtschaftlichen Gebieten nicht beseitigt wird, die scheinbar festen Manern, hinter denen die heutigen Gesellschaftszustände sich wähen, zusammenbrechen müssen. So schaut man nun von jener Seite sehnsüchtig nach dem Messias aus, der da, ohne den Besitzenden ihr Vorrecht zu nehmen, die Gesamthätigkeit der Menschen so arrangirt, daß jeder Arbeitsfähige auch Arbeit findet.

Von einer Ueberbevölkerung kann nicht mehr ernstlich die Rede sein, seitdem nachgewiesen ist, daß genug Nahrung hervorgebracht wird, um alle Menschen zu speisen, mithin aber auch kein Mensch Hunger leiden dürfte. Nur die heutige privatkapitalistische Produktionsweise ist es, die Hunderttausende arbeitslos macht und ihnen damit die Möglichkeit nimmt, sich zu erhalten. Die stets aufs Neue wiederkehrenden Krisen in Industrie, Handel und Landwirtschaft sind der handgreifliche Beweis eines sinn- und vernunftlosen Betriebes der Produktionsmittel. Und die Arbeitslosigkeit der besitzenden Volksklasse angesichts des stetig wachsenden Massenelends ist eine Bankrotterklärung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Von der Sozialökonomie, dieser Wissenschaft des fin de siècle, erwartet man noch Nothilfe und die Statistik soll dazu die Wege ebnen, sie soll zeigen, „wie die Welt regiert wird.“

Seit dem Jahre 1892, in dem die Kommission für die Arbeiterstatistik in Deutschland geschaffen wurde, ist wohl in den nationalökonomischen Abhandlungen und Zeitschriften keine Frage eingehender behandelt worden, als die der Arbeitslosigkeit. Die verschiedensten Vorschläge zur Abhilfe wurden gemacht und man bemühte sich, zunächst einmal die Zahl der Arbeitslosen zu erforschen. Manche dieser Vorschläge sind auch praktisch durchgeführt worden ohne freilich weitgehende und wirksame Resultate zu erzielen.

Ueber die Frage, ob eine Statistik der Arbeitslosen von privater Seite oder von Staats wegen vorgenommen werden sollte, ist man jetzt einig geworden, denn sowohl

bei der Berufs- und Gewerbezahlung, als auch bei der Volkszählung im Jahre 1895 fanden die Fragen betreffs der Arbeitslosigkeit Aufnahme. Welche Vortheile oder Nachteile solche behördliche Aufnahmen haben, eine Frage, die früher nur imaginär behandelt werden konnte, wird sich durch das Resultat vom Juni und Dezember 1895 herausstellen. Im Allgemeinen kann man wohl schon jetzt mit Sicherheit behaupten, daß eine vom Staate und mit diesen weitgehenden Hilfsmitteln veranstaltete Erhebung mehr Anspruch auf einen gewissen Grad annähernder Vollkommenheit machen kann, als eine von privater Seite veranstaltete.

Die letztere kann vielleicht da genügen, wo es sich darum handelt, für einen bestimmten Distrikt Erhebungen über eine momentane Nothlage einer gewissen Schichte der Bevölkerung anzustellen. Gilt es dagegen, durch eine allgemeine Erhebung Material zu liefern, das der sozialökonomischen Wissenschaft und den gesetgebenden Körperschaften bei den Versuchen zur Lösung des so bedeutsamen Problems, wie es die Arbeitslosenfrage ist, behilflich sein soll, so ist ohne Zweifel klar, daß das nur mit Hilfe des Regierungsapparates möglich ist.

Wohl keiner statistischen Aufnahme stehen so große Schwierigkeiten entgegen, wie der über den Umfang der Arbeitslosigkeit. Die große Mehrheit des Volkes bringt den behördlichen Erhebungen, namentlich wenn bei ihnen die Existenzfrage mit in Betracht kommt, ein gewisses Mißtrauen entgegen.

Die Gründe für ein solches Verhalten sind nur zu leicht begreiflich. Die Meisten fürchten, daß man ihre Angaben zu polizeilichen oder ähnlichen Zwecken gebraucht. Will man also zur Zeit eines Nothstandes eine möglichst zuverlässige Arbeitslosenstatistik, so müßte allerdings auf jedes staatliche Eingreifen, aus dem angegebenen Grunde, verzichtet werden. Dazu kommt noch, daß das reichsstatistische Amt in Folge seines wohl sicher, aber langsam, sehr langsam und schwerfällig arbeitenden Apparates zur Abhilfe einer Nothlage oder besser zum zahlenmäßigen Nachweis einer solchen, nicht gebraucht werden könnte.

Unsere Zeit lebt schnell, auf dem Gebiete des Erwerbslebens vollziehen sich häufigen sehr plötzliche Umwandlungen, und dem entsprechend müssen auch in diesem Falle die in Betracht kommenden Erhebungen sein.

Soll aber andererseits eine einigermaßen der Wirklichkeit entsprechende Statistik über die Arbeitslosigkeit überhaupt geliefert werden, so kann das nur von Reichswegen geschehen. Zwar wird die Sache dann etwas langsam gehen, aber das Resultat wird immer noch ein besseres sein, als von Korporationen, Vereinen, Gewerkschaften usw. gelieferte Erhebungen darbieten können. Denn diese Statistiken sind fast nie zu wissenschaftlichen Zwecken verwendbar, während hingegen die mit dem weitgehenden Reichsapparat veranstalteten Arbeiten durch öftere Wiederholungen, sowie durch Ausnützung des außerdem den Städten zur Verfügung stehenden Materials z. B. Alters- und Invaliditäts-Karten, in den meisten Fällen wohl eine genügende Grundlage für die Sozialökonomie abgeben würden.

Selbst wenn sich dabei Verzögerungen herausstellen sollten, was ja sicher zu erwarten ist, so ist das doch noch lange nicht so schlimm, als wenn der Staat, wie bisher, keine Kenntniß von dem Umfange der Arbeitslosigkeit hat.

Bei den zahllosen Debatten über die Mittel zur Abhilfe der Arbeitslosigkeit wurde besonders lebhaft der Mangel einer solchen zuverlässigen Statistik hervorgehoben. Im vorigen Jahre hatte es nun den Anschein, als ob die so zahlreich geäußerten Wünsche zum Theil in

Erfüllung gehen sollten. Nicht als ob sich der Staat entschlossen hätte, große arbeitsstatistische Bureau zu errichten, wie sie in England und Amerika existieren, so nein, das thut der preussisch-deutsche Militärstaat sobald nicht, aber immerhin schien man doch einen bescheidenen Anknüpfungspunkt zu wollen. Eine Statistik der Arbeitslosen war mit der Berufs- und Gewerbezahlung, als auch mit der Volkszählung verbunden.

Selbst in diesem bescheidenen Rahmen hätte die Zählung der Arbeitslosen unzweifelhaft ein für die Wissenschaft werthvolles Material liefern müssen, wenn nicht gerade durch die ganze Art der Veranstaltung der Erhebungen durch das reichsstatistische Amt die Erzielung des geeigneten Resultats unmöglich gemacht worden wäre.

Auf den Zählkarten zur Volkszählung wurde in Spalte 15 die Frage gestellt, „ob gegenwärtig in Arbeit (in Stellung) Ja oder Nein.“ Um eine Anknüpfung von Werth sein könnte, hätte man fragen müssen, ob gegenwärtig in seinem Beruf in Arbeit oder Stellung. Nur dadurch wäre es möglich gewesen zu erfahren, wie viele Zimmerleute am 2. Dezember, oder wie viele Goldarbeiter im Juni arbeitslos, d. h. nicht in ihr in Berufe thätig waren. Ob nun der Eine zu dieser Anknüpfung begriffen hat und der Andere zu jener, ob er als Schneeschauer oder als Hausdiener vorübergehend thätig ist, hat doch in diesem Falle ganz untergeordnete Bedeutung. Wenn auch vielleicht die gestellten Fragen detaillierter beantwortet werden, als dies verlangt wird, so wird doch das Wichtigste, was festzustellen wäre, nicht beantwortet werden. Jemand, der in seinem erlernten Berufe gegenwärtig keine Arbeit fand und nun zu irgend einer Anknüpfung griff, nur um nicht verhungern zu müssen, wird im Sinne der vorgenommenen Arbeitslosenzählung nicht mehr als Arbeitsloser betrachtet.

Es ist durchaus verkehrt, wenn man, wie das bei diesen Zählungen geschah, statt einer Statistik der Arbeitslosen in ihrem Berufe zu liefern, so allgemeine Fragen stellt.

Als Material für geeignete Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit sind die Resultate dieser Zählungen nicht zu gebrauchen, und für den Sozialökonomiker fast ganz werthlos.

**Ursache und Verlauf des Tuchmacherstreiks in Kottbus.**

Eine Resümee des denkwürdigen Kampfes der 6000 unorganisirten Arbeiter von Kottbus ist für die ökonomische Bewegung historisch wichtig.

Der Streik der Textilarbeiter in Kottbus hatte seinen Ursprung in der am 10. Februar in der Tuchfabrik von Groß n. Hirschmann erfolgten Arbeitsniederlegung von zwanzig Tuchwebern. Die Weber, die am Abend mit ihrer Kette zu Ende kamen, mußten in nächster Nacht, oder wenn ein Sonntagabend vorausging, am Sonntag die neue Kette anknüpfen, um anderen Tages, wahrscheinlich zur gründlichen Ausnutzung der Betriebskraft, sofort weiter weben zu können. Dies war der Anlaß für die Arbeitsniederlegung der zwanzig Mann. Am 15. Februar legten sämtliche Weber von Gustav Krüger die Arbeit nieder, weil sie 2-3 J pro Tausend Schuß weniger Lohn erhielten als die Arbeiter der besseren Fabriken. Am 17. Februar legten hundert Arbeiter der Garnfärberei von Geißler die Arbeit nieder, weil ihnen die Aufbesserung der sehr tief stehenden Stundenlöhne versagt wurde. Aus ähnlichem Anlasse traten die Arbeiter noch einiger kleinerer Betriebe in den Ausstand ein, und dann kam die Katastrophe.

Der Fabrikantenring kündigte der kleinen Arbeitsniederlegungen wegen allen Arbeitern und Arbeiterinnen zum 7. März, dem Tage des Ablaufes der gesetzlich vorgesehenen Kündigungsfrist. Diese Maßregel wurde von den Arbeitern und Arbeiterinnen als eine Kriegserklärung aufgefaßt, und so nahmen sie den angekündigten Kampf auch selbst sofort auf, sie warteten die vierzehntägige Kündigungsfrist nicht erst ab, sondern legten die Arbeit sofort nieder. Sie hielten sich hierzu für berechtigt, weil sie in der Kündigung ein ihnen angefügtes großes Unrecht sahen, denn sie hatten keinerlei Forderungen an die Arbeitgeber gestellt und sollten nun — sechs tausend an der Zahl — entlassen werden, weil einige hundert Arbeiter sich dieselben Arbeitsbedingungen erkämpfen wollten, die in den besseren Betrieben bereits bestanden. So erklärte sich der Streik.

Die beiden Bürgermeister von Kottbus lehnten den ihnen von den Arbeitern unterbreiteten Wunsch auf Einberufung des Gewerbegerichts als Einigungsamt ab. Auch alle weiteren Bemühungen, den Frieden wieder herzustellen, scheiterten an der Weigerung des Unternehmerthums, mit den „Kontraktbrüchigen“ zu unterhandeln; es glaubte, dieselben würde der Hunger ohnedies bald zu Paaren in die Fabriken treiben. Die Arbeiter sollten vorerst die Arbeit wieder aufnehmen, dann würde man mit ihnen verhandeln. Die Arbeiter hätten sich dieser Bedingung gewiß unterworfen, da aber nur drei Viertel der Anstehenden wieder zur Arbeit zurückkehren sollten, unter denen die Arbeitgeber eine Anklage halten wollten, verharteten sie erbittert im Streik.

Durch Herbeirufung von dreißig Gendarmen, welche mit geladenen Gewehren und Revolvern bewaffnet die Straßen durchschlenderten, durch die Ausweisung und Verhaftung von Streikenden und die harten Urtheile auf Grund des § 153 wurde viel Aufregung unter die Anstehenden gebracht, aber die Arbeiter haben durch ihr geordnetes und ruhiges Verhalten sich selbst und der deutschen Arbeitererschaft überhaupt ein rühmliches Zeugniß ausgestellt.

Die kraftvolle Durchführung des Streiks scheiterte an dem Mangel an Mitteln auf Seiten der Arbeiter. Wenn die Ausständigen auch nur 6 M pro Woche hätten bekommen sollen, dann waren wöchentlich 30 000 M erforderlich, welche Summe während der achtwöchigen Dauer des Streiks auf eine viertel Million Mark angewachsen wäre. Hier zeigte sich wieder, wie Mangel der Arbeiter dasteht, der einer gut organisirten Organisation entbehrt, wie haltlos die Phrase ist, daß man das Kapital mit der Begeisterung besiegen müsse. Die prothige Haltung der Unternehmer entsprang dem Bewußtsein der Mittellosigkeit ihrer Arbeiter und auch wenige Arbeiter mügen die Hoffnung gehabt haben, daß die kühnen Arbeitsbrüder in Kottbus auch nur über eine sogenannte Ehrenfrist würden Stand halten können. Gleichwohl brachten die Tucharbeiter wie man hört 200 000 M herein, während, wie obige Rechnung ergibt, mehr als die doppelte Summe zu der geringen regelmäßigen Unterstützung von 6 M erforderlich gewesen wäre; allerdings mußte auch zu Gunsten der Kottbuser der aussichtsvolle Streik in Mühlhausen eingestellt werden.

Schon Ende März sollte der mangelnden Mittel wegen der Streik zu Ende geführt werden. Eine gemeinschaftliche Verhandlung von Vertretern beider Kampfparteien erreichte aber für die Arbeiter nur, daß ein Theil von ihnen die Arbeit wieder aufnehmen konnte. Die Arbeitgeber hielten sich die Auswahl vor, etwa 50 Arbeiter sollten aus ihren bisherigen Arbeitsstellen dauernd entfernt werden, die noch nicht zur Einstellung kommenden

sollten bei Bedarf den fremden Arbeitern vorgezogen werden. Die Arbeiter lehnten in geheimer Abstimmung mit 2750 gegen 126 Stimmen diesen Frieden ab.

Nach wiederholten Friedensversuchen von Bürgern und zuletzt des Chefs der Abtheilung für die Arbeiterberufsvereine im Berliner Polizeipräsidenten, Herrn v. Hammer, gaben die Fabrikanten Mitte April folgende Erklärung ab:

„Die elfstündige Arbeitszeit wird von den Mitgliedern der Fabrikanten-Vereinigung, soweit dies früher nicht der Fall war, eingeführt und soll nur in den dringendsten Fällen periodisch überschritten werden. Die 1/2stündige Mittagspause ist ebenfalls in den Fabriken, wo dieselbe noch nicht bestand, eingeführt. Bei Neuöffnung der Betriebe in sämtlichen unserer Vereinigung angehörigen Betrieben werden wir die vor dem Streik gezahlten Löhne nicht heruntersetzen. Bei der Zusammenstellung der Lohnsätze der hiesigen Fabriken hat sich gezeigt, daß die Stundenarbeiter in einzelnen Fabriken etwas niedriger gelohnt werden, als in der Mehrzahl der hiesigen Fabriken. Die Fabrikanten, bei denen sich das Letztere herausgestellt hat, sind gewillt, ihren Stundenarbeitern eine entsprechende Lohnaufbesserung zukommen zu lassen, wenn dieselben einige Wochen gearbeitet haben werden. Es ist nicht zu umgehen, daß eine Anzahl der früheren Arbeiter in den einzelnen Fabriken von der Wiederaufnahme ausgeschlossen bleibt, jedoch soll eine sogenannte „schwarze Liste“ nicht verbreitet werden, falls die Arbeit in der nächsten Zeit wieder aufgenommen wird. So lange sich hierorts ein Mangel an Arbeitskräften nicht fühlbar macht, werden wir auswärtige Arbeiter nicht heranziehen.“

Am 17. April erfolgte die Abstimmung hierüber. 1711 stimmten mit ja, d. h. für Annahme obiger Bedingungen, und 984 mit nein. So trat das Ende des Streiks ein.

**Sanitäre Vorschriften und Vorsichtsmaßregeln für Bleilöther und deren Gehilfen.**

In seinem Buche: „Das Lötthens des Bleies“ schreibt Karl Richter:

Jeder Beruf hat seine besonderen Gefahren; zuweilen sind diese sofort in die Augen springend, und werden dann leichter zu vermeiden sein, nicht selten bestehen sie aber in einem, erst nach längerer Zeit bemerkbaren, nachtheiligen Einfluß auf den Organismus. Der letztere Fall tritt auch bei Personen ein, welche sich ohne die nöthige Vorsicht dauernd der Einwirkung bleihaltiger Stoffe aussetzen.

Es sind namentlich drei Ursachen, welche bei den Bleilöthern Erkrankungen oder Verletzungen herbeiführen können, nämlich die giftige Wirkung des Bleies und seiner Verbindungen und der Verbrennungsprodukte unreiner Gasarten, die ägenden Eigenschaften der Säuren und die heftig explosive Wirkung des Knallgases.

Es gibt kaum ein anderes Gift, das so langsam aber so sicher wirkt wie das Blei, wenn es in irgend einer Form in den Organismus gelangt, und werden daher Krankheitserscheinungen, welche von einer Bleivergiftung herrühren, häufig anderen Ursachen zugeschrieben. Es werden aber nicht alle Personen in gleicher Weise davon affizirt.

Die durch Blei hervorgerufenen Krankheitserscheinungen können in verschiedener Weise in Erscheinung treten, und zwar als Bleikolik, Gliederschmerz oder als Gehirnstörungen.

Erstere, welche vornehmlich in dem Alter zwischen 20 und 40 Jahren, und zwar meist in der wärmeren Jahreszeit auftritt, beginnt in der Regel des Nachts mit einem zusammenziehenden Schmerz in der Nabelgegend, der zuweilen nach-

läßt, sich aber immer wieder steigert und sich durch Druck auf den Unterleib vermindert. Dabei tritt Uebelkeit, Erbrechen, Angst und Aufregung ein, das Gesicht ist bleich, die Augen eingesunken, das Zahnfleisch hat eine eigenthümlich graue Farbe. Neben diesen Erscheinungen sind Harnbeschwerden und Verstopfung vorhanden.

Wird letztere durch starke Abführmittel beseitigt, so ist der Anfall meist in 3 bis 4 Tagen beendet, im Gegenfalle kann er auch 8 Tage anhalten.

Die erwähnten Gehirnstörungen, welche sich als Delirien, Schlafsucht oder selbst als Epilepsie äußern, sind meist eine Folge oft wiederkehrender Stolikanfalle, während der Gliederschmerz, der ähnlich wie Gicht die Gelenke befällt, und in schlimmen Fällen durch Rückenmarkreizung sogar zur Lähmung führen kann, mitunter auch ohne vorhergegangene Stolikanfalle auftritt.

Wie soll sich nun der Bleilöther vor einer Bleivergiftung bewahren oder wenn bereits Blei vom Organismus aufgenommen worden ist, die Stolikanfalle verhüten?

Da die Krankheit nur dann entsteht, wenn Blei in den Körper gelangt, so muß der Bleilöther Alles thun, was diese Möglichkeit ausschließt. Er muß sich also, wie schon in der Einleitung empfohlen wurde, möglichst reinlich halten, vor jeder Mahlzeit Hände und Mund waschen, während der Arbeit nichts genießen, aber auch nie an die Arbeit gehen, ohne vorher etwas genossen zu haben, Nahrungsmittel nicht an Orten aufbewahren, wo dieselben mit Blei in Berührung kommen können, sich auch während der Arbeit öfter den Mund mit reinem Wasser ausspülen, täglich die Zähne mit Holzkohlepulver abstrichen, fleißig baden, und offene Wunden durch einen zweckmäßigen Verband vor Verunreinigung schützen.

Manchen ist insofern einen günstigen Einfluß aus, weil es die Absonderung von Schleim vermehrt, welcher die Schleimhäute des Mundes überzieht und dadurch einer direkten Einwirkung der Bleidämpfe auf dieselben vorbeugt.

Sollten aber die ersten Symptome der Bleikrankheit (Appetitlosigkeit, Schlaflosigkeit, Uebelkeit) einmal aufgetreten sein, so muß der Arbeiter jede Unmäßigkeit im Essen und Trinken, sowie Ausschweifungen jeder Art vermeiden, da durch diese leicht ein Stolikfall hervorgerufen werden kann. Er muß sich an eine kräftige Nahrung aus mehr mehligem, öligem und fettigen Speisen halten; lauwarme Milch oder Bier trinken; dagegen darf er säuerliche Getränke und Speisen nicht genießen.

Die Anwendung schwefelwasserstoffhaltigen Wassers hat sich nicht bewährt, dagegen läßt sich durch Schwefelbäder einer allgemeinen Vergiftung vorbeugen. Sollte eine starke Vergiftung durch Blei eingetreten sein, so sind rasch wirkende Brechmittel anzuwenden, es wird aber dann jedenfalls ein Arzt zu Hilfe gezogen werden müssen, bis zu dessen Eintreffen man dem Kranken Milch, Eiweiß oder schleimige Getränke verabreichen möge.

In Folge der Anwendung arsenhaltigen Zinks oder, was noch häufiger ist, von arsenhaltiger Schwefelsäure bildet sich neben Wasserstoff auch ein äußerst giftiges Gas, der Arsenwasserstoff.

Der Löther erkennt es meist an dem eigenthümlich knoblauchartigen Geruch des Gases, an der Farbe der Flamme, deren durchsichtiges Blau wie milchig getrübt erscheint und schließlich an dem weißen Beschlag von Arsenik (arseniger Säure), der sich in der Umgebung der Arbeitsstelle bildet und ein nicht minder giftiges Verbrennungsprodukt des Arsenwasserstoffes ist. Sollten ihm diese Umstände keine Gewißheit verschaffen, so

kann er sein Gas durch eine in schwache Blühige gebrachte Glasröhre leiten, in welcher sich bei einem Arsengehalt ein metallisch glänzender Beschlag (Arsenspiegel) bilden wird.

Wenn dieses Gift vom Organismus aufgenommen wurde, so bewirkt es anfangs sogar ein blühendes Aussehen und ein Gefühl von Kraft, bald aber tritt Appetitlosigkeit, Durst, Uebelkeit, Metallgeschmack, Nervenschmerz, Abmagerung und Lähmung ein. Die fast allen Metallvergiftungen eigene Kollik kann auch hier auftreten und sind fast dieselben Verhaltungsmaßregeln wie bei der Bleivergiftung zu beobachten, mit der sie bei Bleiarbeitern auch oft verwechselt wird.

Es ist also nicht allein mit Rücksicht auf die Arbeit, sondern aus sanitären Rücksichten geboten, zur Entwicklung des Wasserstoffes reine Materialien anzuwenden.

Wenn man keine reine Schwefelsäure für diesen Zweck verwenden kann, so benütze man wenigstens die Säure der letzten, unmittelbar vor dem Gay-Lussac'schen Thurm liegenden Bleikammer und wende die von mir empfohlene Waschlösung mit Kupfervitriollösung an.

Als zweite Gefahrursache wurde die Verbrüfung durch Säuren ins Auge gefaßt. Starke Schwefelsäure hat eine große Begierde Feuchtigkeit aufzunehmen, und zerlegt organische Substanzen in der Weise, daß sie denselben die Bestandtheile des Wassers entzieht und kohlenstoffreichere Produkte zurückläßt. Auf der Haut bringt sie heftig schmerzende, stark entzündete, langsam heilende Brandwunden hervor, die, wenn sie größere Theile der Körperoberfläche bedecken, lebensgefährlich sein können. Obwohl der Bleilöthher im Löthapparat nur verdünnte Säure verwendet, welche nicht mehr in der intensiven Weise wirkt, so wird diese verdünnte Säure doch immer durch Mischen von Wasser mit konzentrierten Säuren dargestellt, wobei also solche Unglücksfälle nicht ausgeschlossen sind.

Ist eine solche Verletzung vorgekommen, so muß der Beschäftigte trachten, die Wirkung der konzentrierten Säure so bald als möglich abzuschwächen, was durch Eintauschen und Abwaschen in einer größeren Menge Wassers geschieht. Die weitere Behandlung der Brandwunden ist Sache des Arztes.

Es kann aber auch verdünnte Säure, oder die im Löthapparat enthaltene saure Zinklauge den dabei beschäftigten Arbeitern gefährlich werden, wenn sie durch irgend einen Umstand ins Auge gelangt. Dieser Fall kann eintreten beim unvorsichtigen Mischen von konzentrierter Säure und Wasser, ferner beim Ablassen des Löthapparates, wenn das in demselben eingeschlossene Gas auf die Flüssigkeit noch einen starken Druck ausübt, und schließlich bei einer Explosion des Apparates, wenn die saure Zinklauge herumgeschleudert wird.

Betreffs des Mischens von Schwefelsäure und Wasser ist stets als Regel zu betrachten, daß man das Wasser niemals in die Schwefelsäure gießt, sondern letztere in dünnem Strahl und unter beständigem Umrühren langsam in das Gefäß einfließen läßt, welches das Wasser enthält. In Fabriken, wo viel gelöthet wird, wird die Löthsäure in einem besonderen Kasten gemischt, und in größeren Quantitäten vorrätig gehalten. Es ist in diesem Falle eine besondere Wasser- und Säureleitung vorhanden, wodurch die Gefahr vermindert wird. Anders ist es aber, wenn, wie z. B. auf Montagen, die Säure für jede Füllung des Apparates separat gemischt werden muß, und dürfte sich dann wohl die Anwendung von Schutzbrillen empfehlen.

Um beim Ablassen des Apparates ein Spritzen zu vermeiden, ist darauf zu sehen, daß vor dem Deffnen des Ablass-

rohres der Gasdruck möglichst vermindert wird, was dadurch geschieht, daß man den Gashahn vollständig öffnet; es wird sich dadurch die im Druckgefäß enthaltene Lauge in das Entwicklungsgefäß entleeren, und man kann dann, namentlich bei Anwendung einer Brille, den Stöpsel ohne Sorge herausziehen. In allen diesen Fällen kann, so wie bei der weiter unten erwähnten Explosion des Apparates, wenn Lauge ins Auge gelangt, eine dauernde Verminderung des Sehvermögens erfolgen, und ist auch hier die Anwendung reinen Wassers, wenn es rasch angewendet wird, das einzige Mittel, das die Wirkung dieser ägenden Stoffe abzuschwächen vermag.

Die eben erwähnte Explosion kann sich sowohl auf den Wasserstoffentwicklungsapparat, wie auch auf den Winderzeugungsapparat erstrecken; sie wird herbeigeführt, wenn sich einer dieser beiden Apparate durch irgend einen Umstand mit Knallgas füllt und das Gas entzündet wird. Bei der Explosion wird der Gasapparat gewöhnlich bloß ausgehauet und die Flüssigkeit theilweise aus demselben herausschleudert, während von dem Gebläse meist einzelne Stücke abgerissen und auf eine bedeutende Höhe emporgeworfen werden. Solche Vorfälle können vor, während oder nach der Arbeit eintreten.

Wenn nämlich der Gasentwicklungsapparat mit Zink beschickt ist und Säure eingegossen wird, so erhält man anfänglich ein lufthaltiges Wasserstoffgas; wird nun dieses Gas angezündet und ist kein Waschgefäß vorhanden, welches das Zurückschlagen der Flamme verhindern könnte, so sind bereits alle Bedingungen zu einer Explosion vorhanden. Diese wird aber nicht gerade immer eintreten, namentlich dann nicht, wenn das Gas genügenden Druck hat. Knickt aber der Schlauch an einer Stelle ein, wird auf denselben getreten oder ist der Hahn am Apparat nicht ganz offen, so kann eine Explosion thätlich erfolgen.

Der Löthher muß daher das Gas, welches sich im Anfang entwickelt, durch die betreffenden Hähne, ohne es anzuzünden ins Freie entweichen lassen, erst wenn er bemerkt, daß bei geschlossenen Hähnen die Säure rasch ins Druckgefäß emporsteigt, kann das Gas angezündet werden.

Während dieses die Arbeit einleitenden Vorganges muß der zum Gebläse führende Zweig der Leitung durch den betreffenden Hahn verschlossen bleiben. Ist nämlich beim Anzünden des Gases eine feine Löthspitze aufgeschraubt oder ein am vorderen Theil der Löthgabel befindlicher Hahn wenig geöffnet, so kann bei bedeutendem Gasdruck ein Ueberströmen von Gas in den Windapparat stattfinden und dann beim Deffnen des Luftnahes eine Explosion desselben erfolgen. Der Löthher hat daher anfangs nur die Gaswege zum Wasserstoffentwickler offen zu halten, sodann durch Bewegung des Blasebalges einen Druck im Windapparat hervorzurufen, und erst wenn ein solcher vorhanden ist, den Lufthahn des Dreiwegstückes nach Bedarf zu öffnen.

Die Umstände, welche beim Beginn der Arbeit eine Explosion begünstigen, sind aber zuweilen auch während der Arbeit selbst vorhanden, sei es, daß der Gehilfe zu blasen vergißt, während der Wasserstoffapparat unter starkem Druck steht, sei es, daß bei kräftigem Blasen durch Erschöpfung des Zink- oder Schwefelsäureinhaltes des letzteren die Luft über den Dreiweghahn in den Gasapparat strömt. Auf alle diese Verhältnisse muß der Löthher Rücksicht nehmen, seinen Gehilfen darüber belehren, und falls derselbe das Niedertreten des Balges besorgt, ihm lieber seinen Platz etwas entfernter vom Gasapparat anweisen.

Beim Ausleeren des Apparates darf man denselben nicht mit offener Flamme

nahe kommen oder ganz in denselben hineinstechen, auch ist es zweckmäßig, den Gashahn eines entleerten Apparates in der Zwischenzeit offen zu lassen, um etwa in demselben noch vorhandenem Gas Gelegenheit zu geben, zu entweichen.

Ein weiterer Umstand, der namentlich dann sehr schlimme Folgen haben kann, wenn in gedeckten Gefäßen gearbeitet wird, ist, wenn man bei angezündeter Flamme, etwa während einer Arbeitspause, verläßt, den Gashahn gehörig zu verschließen, oder wenn Unrichtigkeiten an den Schläuchen oder Verbindungsstellen vorhanden sind. Es kann sich dann in der Zwischenzeit eine größere Gasmenge mit der im Gefäß enthaltenen Luft mischen, und so bald der Löthher mit seiner Lampe wieder an die Arbeit geht, zu einer furchtbaren Explosion Veranlassung geben.

Bei der Geruchlosigkeit des Wasserstoffgases überzeugt man sich von der Dichtigkeit der Gasmenge durch Anhalten der Lampe, wo dann an undichten Stellen das Gas zur Entzündung kommt.

**A n f r a g**

**an die deutschen Metallarbeiter.**

Berufsgenossen! Am 27. Juli dieses Jahres wird, wie Ihr wißt, der internationale Arbeiter- und Gewerkschaftskongreß in London eröffnet. Das für seine Befreiung aus dem Joche des Kapitalismus kämpfende Proletariat aller Kulturländer der Erde rüstet sich, diesen Kongreß zu beschicken, um in gemeinsamer Berathung den herrschenden Klassen von Neuem seinen Willen zu bekunden. Im Gegensatz zu den chauvinistischen und nordpatriotischen Veranstaltungen, deren Schauplatz unser Vaterland im vergangenen Jahre ganz besonders war, wird dieser Kongreß ein hehres Zeichen für den kommenden Völkerrfrieden sein, wird er erneut den Beweis liefern, daß die Arbeiter aller Nationen in treuer brüderlicher Gemeinschaft zusammenstehen, um das Ziel zu erringen, welches Friede, Freiheit und Wohlergehen für alle Menschen bedeutet.

Aber auch die zunächst liegenden Interessen der Arbeiter werden hierbei ihre besondere Berücksichtigung finden durch eine Reihe von Spezialkongressen der verschiedenen Berufe. Mit Rücksicht auf die in Aussicht stehende nähere Verührung und Verbindung mit den englischen Gewerkschaftsorganisationen ist es dringend nothwendig, daß auch die deutschen Metallarbeiter vertreten sind.

Im Einverständnis mit einer Anzahl von deutschen Metallarbeitern in den verschiedenen Orten haben wir uns deshalb entschlossen, eine Kommission zu bilden, um eine Vertretung der deutschen Metallarbeiter auf dem Kongreß in London herbeizuführen und machen zu diesem Zwecke folgende, ebenfalls gutgeheißene Vorschläge:

- 1) Die Metallarbeiter allerorts werden aufgefordert, öffentliche Versammlungen der Metallarbeiter einzuberufen, um die Delegirtenwahl vorzunehmen.
- 2) Um eine zu große Zerspaltung der Stimmen zu vermeiden, werden folgende Kandidaten in Vorschlag gebracht: C. Deisinger, Hamburg, S. Scherm, Nürnberg, M. Segitz, Fürth.
- 3) Es wird nur ein Delegirter gewählt.

Die Wahlen müssen per Stimmzettel erfolgen und ist über das Ergebnis der Wahlhandlung ein Protokoll aufzunehmen, in welchem die Stimmenzahl, welche auf die einzelnen Kandidaten entfallen ist, genau angegeben und welches von dem Bureau der Versammlung zu unterzeichnen ist. Dieses Protokoll muß spätestens bis zum 15. Juni an den Unterzeichneten eingeschendet werden. Auf Grund der Protokolle wird das Wahl-

ergebnis festgestellt und in der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht werden.

Berufsgenossen! Wir erwarten, daß Ihr den gemachten Vorschlägen zustimmen werdet. Die vorgeschlagenen Kandidaten sind Euch nicht nur dem Namen nach, sondern einem großen Theil von Euch auch persönlich bekannt und ihr schon Jahrzehnte langes Wirken innerhalb der deutschen Metallarbeiterbewegung bürgt dafür, daß sie auch in London das Interesse der deutschen Metallarbeiter energisch vertreten werden. Selbstverständlich soll aber Eurem Selbstbestimmungsrecht dadurch in keiner Weise vorgegriffen werden, sondern es steht Euch vollständig frei, auch auf einen anderen Kandidaten Eure Stimmen zu vereinigen.

Um die Kosten decken zu können, werden wir uns an uns bekannte Berufsgenossen noch direkt wenden und erwarten, daß uns dieselben ihre Beihilfe nicht versagen werden.

Hamburg, 18. April 1896.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Die Kommission.

S. A.: Otto Schulz, Selbgießer,

Hamburg-St. Pauli,

Marktstraße 111, S. 9, Ia.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

**Bekanntmachung.**

In letzter Zeit ist es mehrfach vorgekommen, daß Lohnbewegungen ganz gegen die statutarischen Bestimmungen und ohne den Vorstand in Kenntniß gesetzt zu haben, inszenirt oder so weit vorbereitet wurden, daß es ein Zurück nicht mehr gab.

Der Vorstand ist dann in der keineswegs angenehmen Lage, entweder nachträglich gute Miene zum bösen Spiele zu machen und Unterstüßungen für die Streikenden zu bewilligen oder dem Ausstand die Anerkennung zu versagen, wodurch dann natürlich Mißthimmung und böses Blut entsteht. Wenn die Kollegen es sich ernstlich überlegen würden, so würden sie ohne Weiteres einsehen, daß eine derartige Methode, Streiks zu inszeniren, absolut unzulässig und nur geeignet ist, dem Verband Ungelegenheiten zu bereiten.

Wenn jede Verwaltungsstelle in dieser Weise so vollständig vorgeht, unbedünnet darum, ob die Verbandskasse anderweitig in Anspruch genommen ist oder nicht, ist es unausbleiblich, daß im Falle des Ausbruches eines Kampfes die Mittel zur Unterstüßung nicht vorhanden sind, wodurch dann die bisher betriebene Agitation nicht nur nutzlos, sondern direkt nachtheilig wird.

Aus diesem Grunde ist es Pflicht der Kollegen allers, sobald sie in die Agitation zu Gunsten irgend einer die Durchführung von Forderungen bezweckende Bewegung eintreten wollen, vorher ihre Absicht dem Vorstand mitzutheilen und sich darüber zu informieren, ob die Unterstüßung schon vorhandener Zustände auch noch die Unterstüßung eines weiteren Ausstandes zuläßt.

Häufig ist aber auch die Agitation zu berartigen Bewegungen eine geradezu leichtfertige. Es wird für diese oder jene Verbesserung eingetreten, irgend ein Anlaß benutzt, um die Gemüther in Begeisterung zu versetzen, der Ausbreitung und Kräftigung der Organisation aber nur nebenbei gedacht.

Der Ausgang einer derartigen Agitation ist dann in den meisten Fällen ein sehr trauriger. Die wenigen organisirten Kollegen werden von den dem Verbands bisher fernstehenden, aber bei derartigen Anlässen häufig genug sehr vorlauten Elementen mojsirirt, der Streik wird proklamirt und muß entweder nach kurzer Zeit resultatlos beendet oder kann nur durch hohe Unterstüßungen aufrecht erhalten werden. Ob nun der Verband als Interessenvertretung der organisirten Kollegen verpflichtet sein soll, für die Indifferenten, die ihm bisher noch fern geblieben sind, seine aufgeschparten Mittel zu verwenden, nur um sie vorübergehend anzuheben, ist billig zu bezweifeln. Auch hier könnte sehr viel anders werden, wenn man sich bei der Agitation stets bewußt wäre, daß nur derjenige Arbeiter ein Anrecht hat, durch die Organisation seine Lage zu verbessern, der ihr nicht nur im Ernstfalle, sondern dauernd angehört.

Es wird hier und da nicht ganz zu vermeiden sein, daß ein Bruchtheil der in eine Bewegung Eintretenden nicht oder noch nicht lange organisiert ist, daß aber, wie es häufig in diesen Jahren geschehen ist, das Gros nicht und nur ein Bruchtheil organisiert ist, könnte sehr wohl vermieden und dadurch

Werb und schwere Enttäuschungen erspart werden.

Neben diesen im Allgemeinen gemachten Erfahrungen kommt aber noch die weitere, ebenfalls nicht erfreuliche, hinzu, daß der § 21 des Statuts gar nicht beachtet wird.

Folgendes Mitgliedsbuch ist ungültig und anzuhalten:

Nr. 20765 des Formers Karl Perlow, geb. zu Magdeburg am 9. Oktober 1865.

Ausgeschlossen wird nach § 8 Abs. 7a auf Antrag der Verwaltung Stendal der Bergolder Gustav Klitzing aus Brandenburg, geb. am 24. Februar 1869, Buch-Nr. 119 193, wegen Veruntreuung von Verbandsgeldern.

Der Schlosser Richard Klück, geb. am 7. September 1870 zu Freiburg in Sachsen wird um Angabe seiner Adresse ersucht. Desgleichen der Schlosser Robert Marwinski, geb. am 18. Februar 1874 zu Sabitz, damit ihm seine bei der Verwaltung Königsberg liegen gelassenen Willkürpapiere zugefickt werden können.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160, I,

zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld ver-einnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Klempner.

Dresden. Das milde und arbeiterfreundliche Herz der Großindustriellen gehört zum festen Bestand der bürgerlichen Zeitungen. Wenn irgendwo, sei es in ferneren Landen, sei es in unserer lieben Heimat, irgend ein Unternehmer, dem die Arbeitskraft des Personals seiner Fabrik zu einem Millionenvermögen verholfen, in heißer Aufwallung seines miltätigen Herzens (lies: in Erkenntnis, daß all sein Reichthum schlecht bezahlter Arbeitskraft entstammt) einen kleinen Bruchtheil davon zurückgibt, dann wird der edle Wohlthäter in allen Tonarten gepriesen. Vor wenig Wochen sangen alle bürgerlichen Zeitungen das Lob des Kommerzienraths Eschbach, des Leiters der großen Eschbach'schen Werke, weil er 50 000 M. zum Besten seiner Arbeiter" gespendet hatte. Nicht zum ersten Male hat Kommerzienrath Eschbach sich als großer "Wohlthäter" gezeigt. Vor drei Jahren stiftete er aus Anlaß des 25jährigen Jubiläums der Fabrik die gleiche Summe von 50 000 M., von deren Zinsen nothleidende Arbeiter des Werkes unterstützt werden sollten. Unter Nothleidenden sollten freilich nicht Arbeiter mit Akkordverdiensten von 9, 10 und 12 M. pro Woche, die auf dem Werke nicht zu den Seitenheuten gehören, verstanden werden. Bewahre; Eschbach ist nicht der Mann, welcher der Noth der Krankheit und frühen Invaliden durch Verbesserung der Löhne vorzubeugen trachtet. Die Nothfälle müssen durch Umstände entstehen: wie die Erkrankung der Familie, eintretende völlige Erwerbsunfähigkeit, Todesfälle und dergleichen. Aber selbst in solchen Fällen vermochten die Arbeiter wenig von Unterstützung zu verspüren; den zur Verwaltung des Unterstützungsfonds delegirten Arbeitern erklärte der Oberwerkmeister Winkler, die Zinsen sollten zum Kapital geschlagen werden, bis dasselbe die Höhe von 75 000 M. erreicht habe. Aber auch, wenn die Zinsen zur Vertheilung kommen, was ist dann genügt? Ganze 2000 M. fallen ab zur Unterstützung der Arbeiter in beiden Werken: Dresden und Meiberg. Damit können die sicher über alle Noth hinwegkommen. Doch jetzt ist ja das Kapital erhöht; jubelt, ihr Arbeiter des Herrn Kommerzienraths: Ganze 4000 M. können jährlich unter Euch zur Vertheilung kommen. Was war denn die Ursache dieser Freigebigkeit? Das Werk hatte es durch niedrige Entlohnung der Arbeiter und durch andere Umstände dahin gebracht, die Dividende, welche im vorigen Jahre 14 Prozent betrug, nach reichlichen Abschreibungen und nachdem erkleckliche Lantlemen vertheilt waren, auf 20 Proz. zu erhöhen; ein klein wenig von diesem Goldregen mußte doch auch für die Arbeiter abfallen. Daß das Stützungskapital

im Werke bleibt und daß es nur mit 4 Prozent verzinst wird, während 20 Prozent damit "verdient" werden, ist auch keine unangenehme Zugabe — für die Aktionäre. Die Bestimmungen des Statuts lassen erkennen, welchen Werth die ganze Stützung für die Arbeiter hat. § 7 legt fest, daß die Verwaltung durch ein Komitee in Dresden und Meiberg geschieht. Ein Beamter, ein Werkmeister und drei Arbeiter sollen diesem Komitee angehören. Die Arbeiter dürfen nicht etwa gewählt werden, sie werden vielmehr von dem Vorstand der Aktiengesellschaft ernannt. Außerdem behält sich der Vorstand das Recht vor, jeder Zeit die einzelnen Komiteemitglieder abberufen zu können. Noch deutlicher zeigt der folgende Paragraph das ganze Komitee als ein bloßes Dekorationsstück. Es heißt in demselben, daß das Komitee zwar das Vorschlagsrecht hat, daß jedoch die endgiltige Entscheidung einzig dem Vorstände der Aktiengesellschaft zusteht. Also der ganze Unterstützungsrundel ist ein Zuckerbrod filr artige Kinder, nichts anderes. 2000 resp. 4000 M. jährlich, von denen im günstigsten Fall ein kleiner Bruchtheil dem invaliden Arbeiter zufällt, sind der Köder, auf den zum Glück immer weniger Arbeiter anbeißten. Uebrigens fliegen in die Unterstützungskasse auch die Strafgebühren, welche von Arbeitern aus irgend welchem Grunde erhoben werden. Es kann also passieren, daß ein Arbeiter dem Herrn Kommerzienrath den Dank für etwas darbringt, was durch Abzüge von seinem eigenen Lohn entstand. Betrachtet man auch die Höhe der Unterstützung. Wenn jemand krank wird, nachdem er 6 Monate bei Eschbach arbeitete, so soll er 8 M. wöchentlich als Unterstützung erhalten, aber erst von der 7. Woche ab, vorausgesetzt, daß er bis dahin nicht gestorben ist. Sollte letzteres der Fall sein, so erhält die Wittwe ein Kapital, welches ihr ein sorgenfreies Leben ermöglicht, nämlich — 20 M. Falls aber eheliche Kinder vorhanden sind (auf die "Stützung" muß doch eine Prämie gesetzt werden), werden noch extra 10 M. zugesprochen. Ähnlich harmoniren alle Unterstützungsbeträge mit den 20 Proz. Dividende der Aktionäre. Das Kapital der Stützung darf niemals angegriffen werden; falls mal Kommerzienrath Eschbach fellg sein wird und er hat vorher nichts Anderes bestimmt, soll es der Klempnerinnung zufallen. Diese Beschaffenheit werden es sicher zweckentsprechend verwenden. Zweckdienlicher und sehr nothwendiger wäre, wenn der Herr Kommerzienrath sein ganzes Stützungskapital aufwenden würde und dazu die Hälfte der Dividende (10 Prozent als "Entbehrungslohn" sind doch auch genügend), um die Mißstände in dem Betriebe zu mildern. Zuerst wäre die schlechte Bezahlung aufzuheben; Wochenlöhne von 9—18 M. können nicht als genügend erachtet werden. Dann müßte für bessere Werkzeuge gesorgt werden, die jetzt in Gebrauch befindlichen sind theilweise miserabel. Für die Beschleere muß sogar wöchentlich 50 S bis 1 M. als Benutzungsgeld gezahlt werden, obgleich sie so elend zu sein pflegt, daß nach zwei Wochen Niemand mehr damit schreiben kann. Auf solche Weise können schon 50 000 M. mal geopfert werden. In sittlicher und sanitärer Beziehung ist zu tabeln, daß bis zu 40 Mann einen einzigen Abort benutzen müssen. Welch fürchterliche Luft da zumal im Hochsommer entsteht, kann Jeder sich denken. Wo bleibt die Wohlfahrtpolizei? Vielleicht nehmen die unternehmerfreundlichen Zeitungen, welche kürzlich den Kommerzienrath in den Himmel hoben, jetzt Gelegenheit, auch über diese Verhältnisse zu berichten.

Hamburg. Eine öffentliche Versammlung der Klempner tagte am 12. April in der Bessinghalle. Nach vollzogener Bureauwahl erhielt Sittensfeld das Wort zu seinem Vortrage: "Wie verbessern wir unsere Lage?" Neben entwarf zunächst ein trauriges Bild von der gegenwärtigen Geschäftslage hier in Hamburg und schloß mit der Aufforderung, bei der jetzt leidlich günstigen Konjunktur kräftig für eine Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten. Die Diskussion über den Vortrag wurde mit dem zweiten Punkt der Tagesordnung "Lohn- und Arbeitsverhältnisse hier an Orte" vereinigt. Kollege Volkmer führt an, er gehöre wohl der politischen Organisation an, hätte auch früher der Gewerkschaft angehört, doch hätte er eingesehen, daß die Gewerkschaften nichts erreichen könnten. Die Gewerkschaften müßten mehr zu Unterstützungsorganisationen ausgebaut werden, wenn sie den Arbeitern von wirklichem Nutzen sein sollten. Kollege Köpke polemisiert gegen den Vordrner, der ein typisches Beispiel der Einseitigkeit gewisser Kreise sei. Ein tüchtiger Sozialdemokrat und aufgekärter Genosse könne sich niemals auf den einseitigen Standpunkt des rein politischen Kampfes stellen, der für Viele darin bestehe, alle 5 Jahre einmal einen Stimmgellet in die Urne zu werfen, sondern man müsse die Gewerkschaft als einen Theil der großen Arbeiterbewegung der Gegenwart

kräftig fordern. Leider bedienten sich die Kollegen hier der Ausrede, sie seien Vollkoffer, nur um ihre Laune zu verdecken, in Wahrheit wären sie ebenso schlechte Vollkoffer, wie Gewerkschaftler. Sodann entwerfen verschiedene Redner ein überaus trauriges Bild von der gegenwärtigen Lage der Klempner Hamburgs. Es wurde nachgewiesen, daß in verschiedenen Werkstätten noch trotz des theuren Hamburger Plasters Löhne von 16 bis 18 pro Woche gezahlt werden; so in der Emballagenfabrik von Tölke. Mehrere Redner berichteten, daß in der Emballagenfabrik von Lemberg, Kanalstraße, ein Lohn von 16,00 pro Tag gezahlt würde. In der Hammonia-Metallwaarenfabrik, vormals Stürzel, wäre ein Lohn von 16 bis 18 gang und gäbe. Kollege Porst berichtet, daß in der Werkstatt von Degener, Hammerbrook, die Kollegen sich selbst zu einer 15- bis 16stündigen Arbeitszeit erbitten, trotzdem die Arbeitslosigkeit in unserer Branche eine so große ist. Von verschiedenen Seiten wurde verlangt, noch in diesem Jahre in eine Lohnbewegung einzutreten, um die elenden Zustände zu beseitigen. Köpke konstatiert, daß die Lage der Hamburger Klempner, namentlich der Emballagenklempner, dem Glend der Konfektionsarbeiter nichts nachgäbe. Wenn man die körperlich anstrengende Thätigkeit dieser Arbeiter in giftgeschwängelter Atmosphäre, den elenden, nicht den geringsten hygienischen Anforderungen entsprechenden Werkstätten und die Hungerlöhne von 16 bis 18 in Betracht ziehe, dann könne man wohl wünschen, so bald wie möglich in eine Lohnbewegung einzutreten. Doch würde er unter den gegebenen Verhältnissen in diesem Jahre davon abrathen. Wollte man eine Schlacht siegreich durchführen, dann müßte der Plan vollständig und ruhig durchgedacht werden. Er schlägt folgende Resolution vor: "Die heute in der Bessinghalle tagende öffentliche Versammlung der Klempner Hamburgs beschließt, in Anbetracht unserer traurigen Lage, dem Metallarbeiter-Verbande beizutreten, um bei günstiger Gelegenheit unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, vor Allem aber die Arbeitszeit zu verkürzen." Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Zur Maßfeier wurde nach kurzer Debatte folgende von Köpke gestellte Resolution angenommen: "Die heute in der Bessinghalle tagende öffentliche Klempnerversammlung verpflichtet, in Werkstätten, wo eine Arbeitsruhe zu ermöglichen ist, die Arbeit ruhen zu lassen. Diejenigen Kollegen, welche gezwungen sind, am 1. Mai zu arbeiten, haben ein Viertel des verdienten Tagelohnes der Gewerkschaft zu opfern." An die Klempner Hamburgs aber ergeht die dringende Mahnung: Tretet der Gewerkschaft bei, legt Eure Gleichgiltigkeit endlich ab, damit auch die Klempner halbwegs im Stande sind ihre elende Lage zu verbessern!

Leipzig. Die Klempner hielten am 26. April eine von über 400 Personen besuchte Versammlung ab. Der Bericht der Lohnkommission ergibt, daß 16 Meister voll und ganz und zwei mit ganz geringen Klammeln die Forderungen bewilligt haben. Die Sitzung gesteht jetzt einen 10prozentigen Lohnaufschlag zu, zeigt also gegen früher doch etwas Entgegenkommen. Nach eingehender Diskussion wird eine dahingehende Resolution beschlossen, daß am Montag, den 27. April bei allen Meistern, welche die Forderungen nicht bewilligen, die Arbeit niedergelegt wird. Die Lohnkommission wird als Streikkommission anerkannt und durch zwei Mann vervollständigt. Hierzu werden gewählt die Kollegen Otto und Wädel. Die Regelung der Streikunterstützung, sowie die Festlegung der Steuerleistung für diejenigen, welche zu den gestellten Forderungen weiter arbeiten, soll wegen vorgerückter Zeit in der nächsten Versammlung erledigt werden.

Leipzig. Die Klempner sind am 27. April in den Ausstand getreten. 120 Gehilfen arbeiten bei 25 Meistern zu den gestellten Forderungen weiter. Die Gehilfen verlangen: 1. Die Arbeitszeit ist auf täglich 9 Stunden festzusetzen; 2. der Minimalstundenlohn beträgt vom 26. April ab 40 S; 3. Ueberstunden bis 9 Uhr werden mit 25 Proz. spätere und Sonntagarbeit mit 50 Proz. höher bezahlt; 4. bestehende Akkordlöhne werden dementsprechend erhöht und wird zu diesem ein Tarif ausgearbeitet, der von Meistern und Gesellen auf bestimmte Zeit festgesetzt wird; 5. für Arbeiten, welche 5 bis zu 10 Kilometer vom Marktplatz entfernt, werden 1 M., für solche, die über 10 Kilometer entfernt sind, werden 2 M. Auslösung gezahlt; 6. Freigabe des 1. Mai als Feiertag. Die Situation ist günstig und der Geist der Ausständigen gut.

Magdeburg. Am 25. April fand im "Bürgerhaufe" eine öffentliche gut besuchte Klempnerversammlung statt, welche sich befaßte mit: 1. Stellungnahme zur Verbesserung der Lohnverhältnisse am Platze. 2. Wahl einer Lohnkommission. Kollege Michale schloß in sachlicher Weise die Lohnverhältnisse der Gegenwart und betonte, daß trotz der Forderung im Jahre 1889 sich jetzt Miß-

stände zeigten, die der dringenden Abhilfe bedürften. Hierauf wurden von verschiedenen Kollegen die hier gezahlten Löhne einer derben Kritik unterzogen. Es zählten den "horrenden" Lohn von 20—25 S — theilweise bei 11stündiger Arbeitszeit — folgende Meister: Kunze, Conert, Jauerka, Otto, Helmmann, Nippenberg, Nagel, Krieg, Gabbe, Schulte, Nob. Witte und Feddig. Es wurde eine Lohnkommission von 5 Mitgliedern beauftragt, mit der hiesigen Klempnerinnung zu unterhandeln. Bei "Verschiedenes", wobei die Stellungnahme zur Maßfeier angeregt wurde, wurde beschlossen, sich mit den Beschlüssen der in der "Friedrichsplatz" tagenden öffentlichen Metallarbeiterversammlung einverstanden zu erklären.

Metall-Arbeiter.

Aschaffenburg. Sehr oft ist in der "Metallarbeiter-Zeitung" zu lesen: Tüchtige Feilenhauer gesucht! Auch hier haben wir einen Meister (Kiegl), der sehr oft welche braucht, aber nur solche, die unsonst viel arbeiten und Hunger vertragen können. Hat einmal ein Kollege das Unglück, in diese Bude zu geraten, so sieht er sich bald gezwungen, dieselbe wieder freiwillig zu verlassen. Denn 1) bleibt die ganze Arbeit für ihn, während der Meister seinen Hund spazieren führt. Hat der Geselle eine Partie Feilen fertig, so kommt der Meister, schafft dieselben fort, weil er sehr nothwendig Geld braucht, aber nicht zum Gesellen bezahlen, sondern für seine selbstlichen Genüsse. Kommt der Sonnabend, so hat der Meister kein Geld, der Geselle erhält bios das Besprechen, sein Geld "morgen" zu erhalten. "Morgen" macht sich F. unsichtbar, gelangt es, ihn einmal zu erwischen, so erhält man 40, vielleicht auch 50 S für die ganze Woche. Verlangt der Geselle unter der Woche etwas Geld, so hat der Meister kein "Meines", er muß erst "wechselfen lassen". In letzter Zeit arbeitete nun wieder ein Kollege bei diesem Meister, der Anfangs außer Kost und Logis war, wofür der Meister 8 M. in Abzug brachte mit dem Vorgeben, er bezahle es an betreffender Stelle selber, damit die Logisleute ihr Geld richtig erhalten, was aber bei dem Meister erst recht nicht der Fall war. Es ist nämlich noch Alles zu bezahlen! Wie dies nicht mehr anging, nahm er den Gesellen selber in Kost, die aber sehr knapp war. Oft gab es Früh keinen Kaffee, Vesperbrod war überhaupt Zugus. Die ganze Kost für eine Woche stellte und berechnete sich auf 5 M., hiezu 1,20 für Schlafes macht 6,20; es wurden aber trotzdem 8 M. in Anrechnung gebracht. Am Charfreitag wollte der Geselle, der protestantisch ist, seinen Feiertag halten. Dies paßte dem Meister nicht, er erlaubte sich allerhand Schimpereien, wie: "Faulenger", "Tageloh" usw. Dies veranlaßte den Gesellen zu kühnigen. Als nun der Meister mit dem rückständigen Lohn herausrückte sollte, hatte er kein Geld, er suchte den Gesellen dadurch zu beruhigen, daß er ihm ein Schreiben einhändigte, worin er ihn angeblich einem guten Freunde in Darmstadt zur Einstellung empfohlen und wofür er das Geld nachschicken wolle. Der Geselle, dem die Sache nicht geheimer schien, ging darauf nicht ein, beschah sich das Schreiben etwas genauer und siehe — diese Empfehlung lautete: "A. Freund! Hier schicke ich Dir meinen Gesellen, den ich nicht brauchen kann, er kann nichts usw." — Das auf diese Empfehlung hin keine Arbeit zu erhalten ist, leuchtete dem Gesellen ein, er ging in Ermanglung eines Gewerbegerichts zur Polizei. Diese konnte nun das Geld auch nicht beschaffen, da nichts zu holen ist, und da eine Klage aussichtslos wäre, so gab sich der Geselle damit zufrieden, daß der Meister bei der Polizeibehörde einen Schuldschein deponierte, worin er versprach, die restierende Summe binnen einem Monat an dieselbe zu bezahlen, welche es dem Gesellen übermittelte. — Angesichts solcher Fälle ergibt sich wieder die Nothwendigkeit der Gewerbegerichts. — Weiter diene den Kollegen zur Mittheilung, daß wir im Einverständnis mit den hiesigen Arbeitgebern einen Arbeitsnachweis errichtet haben, es ist deshalb das Umschauen zu unterlassen. Der Arbeitsnachweis befindet sich im Verkehrslokal "Bayer. Hof", Böhrerstraße 8. Auch wollen wir die hiesigen Kollegen an ihre Pflichten gegenüber dem Verbandsbande etwas erinnern.

Apolda. In unserer Mitgliederversammlung am 25. April blühte die Abrechnung vom 1. Quartal ds. Js. Im Weiteren wurden Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse in den hiesigen Fabriken einer Kritik unterzogen. Junge Kollegen erhalten einen Stundenlohn von 18—20 S, was doch angesichts der hiesigen Lebensmittelpreise eine ganz miserable Entlohnung ist. Von den 250—300 hier am Orte beschäftigten Metallarbeitern erhält die große Hälfte einen Lohn, der den hiesigen Verhältnissen in keiner Weise entspricht. Es wurde nun beschlossen, in der nächsten Versammlung eine Kommission von 5 Mitgliedern zu wählen, die über die Zustände in

den hiesigen Fabriken genaues Material zu sammeln hat, um bei der ersten besten Gelegenheit die Sache der Öffentlichkeit zu übergeben. Die Abrechnung ergab eine Einnahme von 180,80; es ist das die höchste Einnahme, die bis jetzt erzielt wurde, so lange der Verband besteht. Die Wichtigkeit der Abrechnung wurde bestätigt und dem Kassierer Dohrnage erstattet. Der Bevollmächtigte gab eine Uebersicht über den Stand der Mitglieder; es wurden im 1. Quartal ds. Jrs. 22 Mitglieder aufgenommen, 8 waren zugereist, so daß wir die Zahl 70 erreicht haben. Allerdings sind hiervon im Monat April eine Anzahl wieder abgereist. Wir ersuchen daher die Verbandskollegen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Agitation zu betreiben, damit wir eine noch höhere Mitgliederzahl erreichen. Freilich darf dann nicht der Eine oder Andere, der vielleicht mit dem Willen oder mit einem Gast in Konflikt gerät, das Lokal meiden und die Versammlungen auch nicht besuchen, oder schließlich noch andere Kollegen von den Versammlungen abhalten; ein solcher Standpunkt ist in keiner Weise zu rechtfertigen. Kollegen Apoldas, aus diesem Bericht werdet Ihr ersehen, daß es hier am Orte noch sehr viel zu thun gibt. Darum erscheint pünktlich in der nächsten Versammlung, welche Sonntagabend, den 9. Mai stattfindet.

**Bauheim.** Der Zugzug von Klempnern und Schlossern nach hier (Bauheiser Stanz- und Emailierwerk der Firma Bleichschmidt & Söser) ist fernzuhalten. Die Firma hat sämtliche Verbandsmitglieder wegen der Feier des 1. Mai entlassen.

**Stillingen.** Am 14. April fand hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, in der Kollege Mohrlack-Berlin über „Die Kampfsmittel der Arbeiter gegen den Kapitalismus“ referierte. Am Schluß der für hiesige Verhältnisse gut besuchten Versammlung erklärten 5 Kollegen ihren Beitritt zum Verband. — Wir sehen uns leider veranlaßt, die Kollegen auf die Maschinenfabrik Lederburg hier aufmerksam zu machen; es werden nämlich von dieser Firma in hiesigen und auswärtigen Zeitungen Dreher und Schlosser gegen „hohen Lohn“ und „bauernde Beschäftigung“ gesucht. Es fragt sich nur, was man unter hohem Lohn versteht. Es sind auf solche Anzeigen schon mehrere Kollegen herein gefallen, sie waren nicht sehr entzückt von dem hohen Lohn. Auch die Behandlung läßt viel zu wünschen übrig, deshalb mögen sich die Kollegen vor dieser Firma hüten. Es ist überhaupt hier mit dem Verbleib, namentlich für jüngere Arbeiter, schlecht bestellt.

**Forst (N.-S.).** Es ist Zeit, daß wir auch etwas von uns hören lassen, sonst könnten die auswärtigen Kollegen denken, daß wir hier im Colorado leben, was aber leider nicht der Fall ist. In den hiesigen Fabriken und Werkstätten sind Ueberstunden und Nachtarbeit an der Tagesordnung, auch wird den ganzen Sonntag gearbeitet (wenigstens in mehreren Werkstätten), ohne daß dafür irgend eine bessere Lohnung als am üblichen Arbeitstage bezahlt wird. Was die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sonst anbelangt, so kann konstatiert werden, daß die Schlosser bei 10 resp. 11 Stunden Arbeitszeit nicht mehr als 2,20 bis höchstens 2,50 verdienen, einzelne Fälle ausgenommen. Ja, es ist fälschlich sogar vorgekommen, daß ein Schmiedemeister (Herr B. . . .), seinem Gesellen, welcher bei ihm gelernt hat, wöchentlich 1,75 und die Kost angeboten hat. Es ist ungläublich aber wahr! Wo bleibt aber bei uns die Organisation der Schmiede? Nach eingezogener Erkundigung ist hier kein Schmied organisiert, wenigstens nicht im Metallarbeiter-Verband. Wer trägt also die Schuld, daß die Verhältnisse so schlecht sind? Zuerst, Kollegen, sind wir es selbst, es muß also Jeder sich selbst mehr dessen bewußt werden, was zu thun ist, um solche Mißstände abzu schaffen. Was nützt denn all die Agitation von der hiesigen Ortsverwaltung des D. M.-V., wenn die Mitglieder sich noch nicht mal bemühen fühlen, in den Versammlungen zu erscheinen und diese Fälle, die hier angeführt sind, zur Sprache zu bringen. Werthe Kollegen, bedenkt, daß es Eure Pflicht ist und Jeder die Aufgabe hat, die Subdifferenzen aufzuklären und sie zum Beitritt in den D. M.-V. zu bewegen, damit unsere Parole erfüllt werden kann: in diesem Jahre 10 000 neue Mitglieder für den Verband! Zugleich werden die resignierenden Mitglieder ermahnt, die Beiträge recht bald zu zahlen, da sonst nach dem Statut verfahren wird.

**Glogau.** In der am 25. April abgehaltenen Versammlung der Metallarbeiter kamen unter „Verschiedenes“ auch die Zustände in der Fabrik G. Sempke zur Sprache. Dortselbst kommen in neuester Zeit bei fast allen Akkordarbeiten Abzüge vor. So erhielt ein Schmied für eine Arbeit, früher mit 2,50 bezahlt, 85 Reichspfennige, also den enormen Satz von 24 Proz. gegen früher. Ebenso werden im Verhältnis zu früher gezahlten Preisen bei Schlosser- und Dreherarbeiten Abzüge gemacht, die sich

weder auf die eine noch auf die andere Weise rechtfertigen lassen, da für die Verbesserung der Hilfsmaschinen und sonstigen Werkzeuge nichts ausgegeben wurde. Jedenfalls sind diese Abzüge mit der letzten sehr erschütterten gewesen. Stellung des Werkmeisters R. in Verbindung zu bringen. Hoffentlich genügt dieser Hinweis, den größtenteils dem Gewerksverleiher oder seiner Organisation angehörenden Arbeitern die Augen zu öffnen und sie zu überzeugen, wie es mit der vielgepriesenen Harmonie zwischen Arbeit und Kapital bestellt ist.

**Hannover.** Am 20. April fand im großen Saal des „Ballhof“ eine gut besuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung statt mit der Tagesordnung: Der Lohnkampf und unsere Lohnstatistik. Kollege W., der das Referat übernommen hatte, wies durch seine praktischen Auseinandersetzungen nach, wie notwendig es jedem einzelnen Kollegen erscheinen muß, daß wenn man einen Kampf führen will, auch Kämpfer am Platz seien; er forderte die Anwesenden auf, sich der Organisation anzuschließen. Zu der Lohnstatistik führte Redner an, man könne hieran erkennen, daß die Geisteshaltung der Kollegen im Allgemeinen eine laue sei, denn wenn dieses nicht der Fall wäre, hätten sich mehr Kollegen für die Sache interessiert. Auch hätte sich ein großer Theil der Betreffenden selbst in die Taschen gelogen. Hierauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die in der heutigen öffentlichen Metallarbeiterversammlung anwesenden Kollegen erklären sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und suchen nach Möglichkeit dahin zu wirken, daß hier am Orte in kurzer Zeit die Organisation der Metallarbeiter sich mächtig entfaltet, damit man noch in diesem Frühjahr bei der günstigen Geschäftskonjunktur Stellung zu einer Lohnbewegung, hauptsächlich für die Schlosser und Schmiede nehmen kann.“ Zu der Diskussion sprachen sich verschiedene Kollegen im Sinne des Referenten aus. Zum 2. Punkt: Wie stellen wir uns zu der Feier des 1. Mai? führte Kollege W. aus, daß wir den 1. Mai als Feiertag betrachten sollten, und wo es irgend möglich sei, dahin zu wirken, denselben als Ruhetag zu erklären.

**Hagenfeld.** Am 19. April fand im Gasthaus zum „Hirsch“ eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Kollege Mohrlack-Berlin über: „Der Druck der besitzenden Klassen auf die Lebenshaltung der Arbeiter“ referierte. Redner besprach die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit, schilderte u. A. die schwarzen Listen des Unternehmertums und unterzog die Arbeitervereinigungsauflösungen einer scharfen Kritik. Zum Schluß forderte er die Anwesenden auf, der Organisation beizutreten. Eine dementsprechende Resolution wurde angenommen und der Beschluß gefaßt, am 1. Mai festzuhalten und auch diesen Tag würdig zu feiern.

**Leipzig.** Die Metall- und Eisendreher hielten am 19. April in der „Flora“ eine öffentliche Versammlung ab. Bei „Bericht der Kommission betreffend Gründung eines Unterstützungsvereins der Dreher von Leipzig und Umgegend“, empfiehlt Kollege Böhme, um die Lage der Metall- und Eisendreher nachdrücklich zu bessern, sowie um die Kollegialität mehr zu heben, Gründung eines Unterstützungsvereins. Eine Anzahl Redner traten dem entgegen und wünschten den Anschluß der Dreher an den Deutschen Metallarbeiter-Verband und keine besonderen Lokalvereine. Folgender Antrag wurde gegen 14 Stimmen angenommen: „Die heutige Versammlung beschließt, einen Unterstützungsverein für die Dreher nicht zu gründen, sondern sich Mann für Mann dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen und für den Unterstützungsfonds der allgemeinen Metallarbeiter zu agitieren.“ Wenn irgend wieder das Bedürfnis vorhanden sein sollte, Branchensammlungen abzuhalten, so möge man sich an den Kollegen Jakobson, Steinbocher, Plagwitzstr. 15, wenden, der Mitglied des Agitationskomitees der Metallarbeiter ist.

**Plauen i. S.** Es ist wirklich traurig, daß man die organisierten Kollegen mahnen, bitten und treiben muß, die Mitgliederversammlungen zu besuchen. Seit einem halben Jahre konnte keine ordentliche Versammlung mehr stattfinden, so schlecht werden dieselben besucht. Es ist schon vorgekommen, daß außer den Ortsbeamten nur 2 Kollegen anwesend waren. Kollegen, wir appellieren an Euch, von nun an thätkräftig für unseren Verband einzutreten und zu agitieren. Besucht die Versammlungen Mann für Mann so wie Eure Arbeitsstätte. Nehmt Euch diese Mahnung zu Herzen und bedenkt, daß wir einander die Hände reichen müssen, um uns ein besseres Dasein zu erkämpfen. Auch möchten wir die Nestanten nochmals mahnen, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

**Reine.** In der letzten Mitgliederversammlung wurde Könemann zum Schriftführer und Grabe zum Revisor gewählt. Darauf erstattete Kollege Komawatsch Bericht von der Bezirkskonferenz in Wolfenbüttel. Kollege Suhr wurde nach Bericht-

erstattung über das Kartell wiedergewählt; an Stelle des Kollegen Birkner wurde Kollege Schulze in's Kartell gewählt. Betreffs der Maßfaser wurde folgender Beschluß gefaßt: Diejenigen Kollegen, die nicht in der Lage sind, den 1. Mai durch Arbeitsruhe ruhig feiern zu können, sollen 50 J in die Lokalkasse zur Agitation steuern. Betreffs Abhaltung der Versammlungen wurde beschlossen, dieselben versuchsweise Sonntagabends abzuhalten, um dadurch einen besseren Besuch zu erzielen.

**Ravensburg.** Die am 12. April abgehaltene öffentliche Metallarbeiterversammlung verlief nicht ohne Erfolg, indem in der Mitgliederversammlung des D. M.-V. am 19. April sich 12 neue Mitglieder meldeten und noch weitere Meldungen in Aussicht stehen. — Die Versammlungen sollen auch fernerhin alle 14 Tage Sonntag Morgens 10 Uhr abgehalten werden. — Zum Schluß kam die Erwiderung des Herrn Mechanikers W. in Weingarten, die derselbe im Nr. 16 unseres Verbandsorgans vom Stapel ließ, zur Diskussion. Diese Erwiderung ist ja auch darnach. Herr W. gibt selbst zu, daß er dem Schlosser S. 1,50 pro Tag bezahlt hat; wir bezweifeln aber, daß er diese 1,50 aus bloßer Güternähe bezahlt. Was die Zeugnisse des S. betrifft, so haben wir dieselben selbst gesehen. Sollte er dieselben auf dem Wege von Weingarten nach Ravensburg wieder gefunden haben? — Was den Dreher W. anlangt, so gibt Herr W. das Behauptete auch zu. Was müssen das aber für Löhne sein, die man in drei Tagen zu verdienen im Stande ist? Bietest du 1,50 wie bei dem Schlosser S. W. hat aber nicht drei Tage gekranket, sondern war die drei Tage krank. Für die Maßschläge des Herrn W. danken wir bestens, jedoch unter der Bedingung, daß er dieselben für sich behält. —

**Roskott.** Abrechnung der Agitationskommission für Weckenburg. Einnahme: Vom Hauptvorstand-Stuttgart 1,50. Ausgaben: Für eine Agitationsreise (Hamel) nach Süß 11,45. Reisevergütung für einen Delegierten zur Schweriner Konferenz aus Süß 6, Porto u. Schreibmaterial 3,27. Summe 20,72. Bilanz: Einnahme 1,50, Ausgabe 20,72, Rückstand 29,28. Rücktritt und für richtig befunden: S. Döbel, K. Döbe, S. Witt. — In Roskott sind keine agitatorischen Kräfte vorhanden. Von den auf der vorjährigen Schweriner Konferenz vertretenen Ortschaften sind bis zum heutigen Tage noch keine der in Aussicht gestellten Beiträge eingetroffen. Der obige Bestand von 29,28 ist der hiesigen Verbandsklasse überwiesen und wird auf nächster Abrechnung verzeichnet. — Mögen die Kollegen der übrigen Orte sich der Ansicht der Roskotters anschließen und vorerst am eigenen Orte möglichst viele Mitglieder werben, die Landesagitation aber ruhig dem Hauptvorstand überlassen, welchen wir gern nach Kräften unterstützen werden.

**Stuttgart.** Am 21. April fand im großen Saal des „Hirsch“ eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, die sich eines sehr zahlreichen Besuches erfreute und in welcher Kollege Mohrlack über den Werth der Verkürzung der Arbeitszeit in der gegenwärtigen günstigen Geschäftsperiode sprach. Von der Erfahrung ausgehend, daß die Perioden des industriellen Aufschwungs immer kürzer, die des wirtschaftlichen Niederganges aber immer länger und allgemeiner werden, wies er Redner nach, daß lediglich die Unternehmer aus dem Geschäftsaufschwung einen erhöhten Gewinn ziehen, während die Arbeiterklasse erst lange und schwere Kämpfe zur Besserung ihres Loses führen muß. Gegenwärtig stehen wir vor einem Aufschwung der gesamten Industrie, welcher zum Theil durch die Erschließung des großen chinesischen Reiches für die Kultur und die moderne Zivilisation herbeigeführt wurde. Waffen, Maschinen und Erzeugnisse der Textilindustrie werden in hervorragendem Maße nach China exportiert. Es sei die Zeit nicht mehr fern, in welcher das gewaltige Reich mit seinen 500 Millionen Bewohnern in den industriellen Wettbewerb der zivilisierten Nationen eintreten wird. Durch die geradezu staunenswerthe Bedürfnislosigkeit seiner Bewohner und die außerordentliche Billigkeit seiner Arbeitskräfte wird den europäischen Nationen ein gefährlicher Konkurrenz erwachsen; insbesondere dürfte die Arbeiterchaft auf die Befestigung ihrer sozialen Stellung bedacht sein. Als das geeignetste und vornehmste Mittel hierzu erachtet Redner die dem Stande der Technik und der Industrie entsprechende fortgesetzte Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, die geeignet sei, die Arbeiterklasse in ökonomischer, physischer und moralischer Hinsicht zu stärken und sie für ihre kommenden Aufgaben zu befähigen und vorzubereiten. Nachdem Redner die hierbei in Frage kommenden Gesichtspunkte eingehend besprochen, schließt derselbe mit der eindringlichen Ermahnung, ungeachtet der Organisationsbelästigung, seine mit lebhaften Beifall aufgenommenen Rede. In der sich anschließenden Diskussion sprachen sich alle

Redner im Sinne des Referenten aus. Besonders gerügt wurde die bisherige Haltung der Stuttgarter Metallarbeiter, die das Eintreten in eine Lohnbewegung unbedinglich mache, nämlich die Löhne außerordentlich niedrig und der Aufbesserung bringend bedürftig seien. Mit der einstimmigen Annahme nachstehender Resolution fand die Versammlung ihren Abschluß: Resolution: „Die heute im Gasthaus zum „Hirsch“ tagende öffentliche Metallarbeiterversammlung erklärt die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit als das wichtigste Mittel an, welches geeignet ist, die geistigen und materiellen Interessen der Arbeiterklasse zu fördern und verpflichtet sich mit aller Entschiedenheit für die Erreichung dieses Zweckes einzutreten. Das wirksamste Mittel hierzu erblickt die Versammlung in der gemeinschaftlichen Vereinnung und erachtet es als Pflicht eines jeden Kollegen, die gewerkschaftliche Organisation nach besten Kräften zu unterstützen. In Verfolg dieser Erkenntnis erwartet die Versammlung von den Stuttgarter Metallarbeitern, daß sie sich ungeachtet einer dem Stande der Metallindustrie entsprechenden Organisation anschließen.“

**Frankfurt a. M.** Eine gut besuchte öffentliche Metallarbeiter-Versammlung tagte kürzlich im „Grünen Wald“ mit der Tagesordnung: „Die Zustände in der Fahrradfabrik von Behr an der Mainkur.“ Kollege Dejung führte zur Einleitung aus, daß trotz des kurzen Bestehens der Behr'schen Fabrik schon schlimme Zustände dort herrschen. Die Organisation gewinne zwar langsam an Boden, doch wäre die Art und Weise, wie seitens der Fabrikleiter gegen die thätigen Kollegen vorgegangen wurde, nicht schön zu nennen. So war der Kollege Fiedler am Donnerstag entlassen worden mit der Begründung, es sei keine Arbeit mehr für ihn da, trotzdem tagtäglich neue Arbeiter eingestellt wurden; mit Recht nahm er daher dieses als Maßregelung für seine Thätigkeit in der Fabrik auf und theilte dem Vorstande seiner Organisation dieses mit. Es trat nun eine Kommission mit dem Geschäftsleiter in Verbindung und gab derselbe nach vielen Anreden zu, daß Arbeitsmangel nicht der Grund gewesen zur Entlassung, sondern daß F. sich erlaubt habe, eine Flasche Bier während der Arbeitszeit zu trinken. Weiter habe Fiedler in öffentlicher Wirklichkeit die Maschinen geputzt. Auf Vorhalt der Kommission, daß dies doch keine Gründe zur Entlassung seien, sagte der Herr, er habe noch einen Grund, es würde für den 1. Mai agitiert in der Fabrik, und das könne er auf keinen Fall dulden, es wäre bei Kleber der große Krock gewesen, bei Opel könne man überhaupt Derartiges nicht, und folglich könne auch in den Behr'schen Fabrikwerken keine Rede davon sein. Es wurde schließlich der Kommission das Versprechen gegeben, den Fiedler wieder einzustellen, wenn er sich ehrenrührig verhält, für den 1. Mai nicht zu agitieren. Fiedler gab am nächsten Tage das Versprechen, und wurde ihm bei Entlassung brieflich erhalten würde. Fiedler erhielt dann selbigen Tages die Mitteilung, daß für ihn keine Arbeit vorhanden sei. Also der schlimmste Vorbruch wurde vom Geschäftsleiter, Herrn Baumgärtner, verübt. Auch in der Kantine müsse eine schöne Wirtschaft sein, wie aus Folgendem zur Genüge hervorgehe: Ein Arbeiter wollte bei dem Kantinenwirth für 20 J Schinken holen lassen, wurde jedoch abgewiesen, weil Schinken nur für das Bureaupersonal da sei. Ein anderer Arbeiter wurde entlassen, weil er nicht in der Nähe wohne. Aus alledem gehe hervor, daß Herr Behr (den man für diese Zustände auch während seiner Abwesenheit verantwortlich machen möchte) neben seiner Meisterschaft auf dem Diabe auch in der rückwärtslosesten Behandlung der Arbeiter die Meisterschaft erlangen werde. Der anwesende Geschäftsführer, Herr Prokurist Baumgärtner, kam nun zum Wort, und legte Verwahrung ein gegen die Worte des Vorredners. Die Arbeiter würden sehr rückwärtsvoll behandelt, es sei ein Irrthum, wenn die Kommission behaupte, er, W., habe versprochen, den F. wieder einzustellen, er habe gesagt, er würde sich mit F. verständigen. Im Uebrigen siehe er auf dem Boden des Rechts, wenn er Arbeiter entlasse; er könne entlassen und entlassen, wen er wolle. Sodann solle man doch den Namen des Arbeiters nennen, der in der Kantine Schinken haben wollte, damit er die Sache untersuchen könne. Jedenfalls liege es nicht in den Intentionen der Fabrikleitung, Schinken nur für Bureau-Beamte zu führen. Der gemachte F. führte dann noch verschiedene Fälle vor, in denen er gezwungen war, als Mitglied des Fabrikantenschusses Verschiedenen der Arbeiter vorzubringen bei der Geschäftsleitung; z. B. einen Fall, der seinen Vorarbeiter Fiest betrifft. Fiest habe bei der Lohn- und Akkordlistenaufstellung stets genau gebücht, wenn einer aus der Kantine zu spät kam, er selbst schrieb sich ganze und halbe Tage, sowie einzelne Stunden, die er gefehlt, als gearbeitet an, einmal 32 J an

Alford für Arbeit, die er gar nicht ausführt hatte. Er (Fiedler) habe dem Herrn Baumgärtner die Anzeige sofort gemacht, die Sache sei untersucht worden, der Herr Werkmeister Klugekötter habe jedoch diesen Brief in Schutz genommen und wurde die Geschäfte als Verscheren hingestellt und der Schlichter nicht entlassen. Die Kommissionsmitglieder, welche mit Herrn Baumgärtner verhandelt, geben nochmals die Erklärung ab, daß Herr Baumgärtner kein der Kommission gegebenes Wort nicht gehalten habe. Die Arbeiter hätten nach dem Vorgefallenen kein Vertrauen mehr zur Fabrikleitung und könnten deshalb auch den Namen des Arbeiters nicht mitteilen, der in die Schlichter-Geschäfte verwickelt sei. Herr Baumgärtner gibt dann noch die Erklärung ab, daß, so lange er in der Fabrik sei, der 1. Mai nie freigegeben werde. (Wir wollen es abwarten.) Ferner, daß die Sache freist untersucht wurde, aber nicht eingeschritten werden konnte, weil Mißverständnisse vorlagen. Den Fiedler konnte er auch deshalb nicht wieder einstellen, weil die Meister erklärt hätten, wenn Fiedler wieder eingestellt, würden sie gehen. Es wird von Herrn Wöterich, Werkmeister bei Meyer, erklärt, daß Fiedler diese Betrügereien auch bei Klugekötter habe, hier habe man denselben nahe gelegt, sich zu drücken, da man so etwas nicht dulde. Ein Geschäft, in dem so was passieren könne, sei nicht in Ordnung. Einige Meister von Meyer stellen fest, daß sie von der Erklärung des Herrn Baumgärtner, die Meister wollten gehen, wenn Herr Fiedler käme, keine Kenntnis haben. Nach langer Debatte, an der sich noch eine Anzahl Arbeiter und Meister beteiligten, wird schließlich folgende Resolution angenommen: „Die heutige öffentliche Versammlung erklärt die Entlassung des Schlossers Fiedler als Maßregelung betrachten zu müssen und erklärt die Wiederholung derartiger Fälle eine dementsprechende Stellung einzunehmen zu müssen.“ Nachdem noch die Anwesenden ermahnt, sich der Organisation anzuschließen, da nur durch ein geschlossenes Vorgehen etwas zu erreichen sei, wurde die anregende Versammlung geschlossen.

**Strasburg.** Auch hier fängt es an unter den Arbeitern zu gähren. Verschiedentlich schon wurde Stellung genommen, den 12stündigen Arbeitstag auf den 10stündigen herabzusetzen. Von der Filiale Strasburg des D. M. V. war vor mehreren Tagen eine öffentliche Metallarbeiterversammlung nach Königsbrunn in den „Schützenhof“ einberufen, um die indifferenten Kollegen behufs Verkürzung der Arbeitszeit zur Organisation heranzuziehen. Das Referat hatte Kollege Meißel aus Stutgart übernommen. In der Diskussion, die sich dem Referat anschloß, geisterte ein Kollege einige Mißstände in der Mühlensbanaufstalt Schneider, Jaquet u. Co., was die Veranlassung zur Abhilfe derselben, aber auch zur Maßregelung von zwei Verbandsmitgliedern zur Folge hatte. In dieser Fabrik wurde Tags darauf den Arbeitern mitgeteilt, daß von jetzt ab nur noch 10 Stunden gearbeitet werde, allerdings mit Abzug der wegfallenden zwei Stunden. Diese Maßregel führte in der darauffolgenden Mitgliederversammlung zu einer sehr lebhaften Diskussion. Von Seiten verschiedener Kollegen wurden die Mißstände in der Fabrik Schneider, Jaquet u. Co. einer eingehenden Kritik unterzogen. Samstag fand die Versammlung statt und Montag wurde Kollege B. vom Werkmeister am Thor abgefangen und ins Bureau geführt, wo zu seiner Entlassung bereits Alles bereit war, 8 Tage (Kündigung) wurden demselben sofort ausbezahlt. Am Mittag geschah einem anderen Kollegen das Gleiche. Es ist als eine Rücksichtslosigkeit sondergleichen zu bezeichnen, zwei Arbeiter, welche 5 bzw. 6 Jahre ihrer Pflicht als Arbeiter in jeder Hinsicht Genüge geleistet haben, auf die Straße zu stellen und nur, weil sie sich erlauben und zu vertreten, als es diesem Herrn gerade recht war. Es zeigt uns diese Maßregel, wie notwendig es ist sich zu organisieren. Es zeigt uns aber auch, welche Schäden unsere heutige Gesetzgebung verlassen hat. § 162 der Gewerbeordnung gewährt den Arbeitern freies Vereinigungsrecht, dieses wird aber durch die Unternehmer Mißbräuchlich gemacht. Denn thun sich die Arbeiter zusammen, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, so werden sie von den Fabrikpächtern erbarmungslos auf das Pfahler geworfen, wie dies der vorliegende Fall zeigt. Der Firma Sch., J. u. Co. wollen wir auch fürderhin unsere besondere Aufmerksamkeit nicht versagen, da die Verhältnisse dort keine rosigten sind und der Lohn sehr viel zu wünschen übrig läßt.

**Spandau.** In der am 12. April abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde Kollege Schabenberg zum Bevollmächtigten, Kollege Lübbert zum Kassierer gewählt. Dann wurde beschlossen, im Laufe dieses Sommers ein Sommervergnügen abzuhalten, wozu alle Gewerkschaften Spandaus eingeladen werden sollen; es wurde eine Kommission von 3 Mann

gewählt, welche nach einem Lokal umschau halten und in einer der nächsten Versammlungen darüber Bericht erstatten soll. Die Bibliothekbücher sind zwecks Revision in die nächste Versammlung mitzubringen. Alle Anfragen sind an Emil Schabenberg, Neumühlstr. 13, Spandau, zu richten.

**Schwabach.** In der am 18. April abgehaltenen Versammlung der Sektion der Arbeiter referierte Genosse Eberhard Nürnberg über: Zweck und Nutzen der Organisation. In der Diskussion kam auch die Hirsch-Dücker'sche Organisation zur Sprache und es wurde klar gelegt, daß diese überhaupt nicht mehr lange lebensfähig sei. Es liegt deshalb auf platter Hand, daß nur der D. M. V. diejenige Organisation ist, die unsere Interessen wahren kann. Es erfolgten hierauf zahlreiche Einzelanfragen in die angelegten Petitionskisten.

**Widman i. E.** Am 20. April fand in O'iger's Restaurant eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Ueber Verbandsangelegenheiten fand eine längere Debatte statt. Sämtliche Redner tabelten die Forderungen der hiesigen Verbandskollegen und forderten zu regerer Thätigkeit auf. Hierauf wurden zwei Resolutionen gewählt, welche in nächster Versammlung zu berichten haben. Trotz des geringen Besuchs wehte ein guter Geist in der Versammlung und es wäre zu wünschen, daß derselbe sich auf sämtliche hiesige Metallarbeiter ausbreiten möchte.

**Nürnberg.** Wegen Streit in der Metallwaarenfabrik von Böblein & Kraft, St. Johannisstr., ist Zug von Dreherm, Formlern, Gläsern, Schlossern, Ziseluren, Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen strengstens fernzuhalten.

**Optische Arbeiter.**

**Rathenow.** Die Brillen- und Pinzenarbeiter sind am 20. April (warum erpöleten wir erst am 28. diese Mitteilung? Wed.) in den Ausstand getreten. Die Veranlassung dazu ist die übermäßig lange Arbeitszeit von 14-16 Stunden täglich. Außerdem wird noch vielfach Abends Arbeit mit nach Hause genommen und Frau und Kinder müssen dabei helfen, um einen Lohn zu erzielen, der elenigermassen zum Leben ausreicht. Wenn in dieser langen Arbeitszeit und mit Hilfe von Frau und Kindern 18-20 M die Woche verdient werden, so ist der Lohn doch gewiß ein zu geringer. Wenn bei den hiesigen Akkordfabriken die Arbeitszeit von 11 Stunden täglich eingehalten würde und die Arbeit von Frau und Kindern wegfiele, so würde sich der Lohn auf 13-14 M reduzieren. Mit solchem Verdienst ist bei unseren Verhältnissen durchaus nicht auszukommen, denn die Preise der Nahrungsmittel zc. sind einer Mittelstadt entsprechend als hohe zu bezeichnen. Daß diese Verhältnisse einer Besserung bedürftig, wird kein Mensch, der mit der Arbeiterschaft sympathisiert, in Abrede stellen. Ein Theil der Arbeiter dieser Branche, welche ihre Klassenlage begriffen haben, versuchten schon vor Jahren gegen diese Zustände Front zu machen, indem sich dieselben organisierten. Leider hat es einigemal fehlgeschlagen, weil der große Theil der Arbeiter dieser Branche von Indifferentismus befangen war. Seit einigen Jahren ist es uns gelungen, eine nennenswerthe Organisation zu schaffen und wir derselben sich dem D. M. V. anzuschließen. Diese Organisation hat auch festen Fuß gefaßt. In unserer Branche werden am Orte ca. 350 Arbeiter beschäftigt, die Hälfte derselben gehört seit Gründung der Organisation an und jetzt ist die Zahl bis auf 300 gestiegen, so daß wir sagen können, wir sind ziemlich Alle organisiert. Aus den oben erwähnten Gründen sind nun die Arbeiter in dieser glänzendsten Geschäftszweig in eine Lohnbewegung getreten. Die Forderung der Arbeiter ist eine 15-20 prozentige Lohnerhöhung, Regelung der Arbeitszeit (Herabsetzung auf 11 Stunden täglich) und für Ueberstunden 10 S pro Stunde Lohnzuschlag. Als diese Forderung den Meistern vorgelegt wurde, haben dieselben auch ihrerseits eine Forderung an die Fabrikanten und Großhändler gestellt. Es haben Verhandlungen zwischen den Kommissionen der Arbeiter, Meister, Großhändler und Fabrikanten stattgefunden. Die Fabrikanten und Großhändler waren geneigt, die Hälfte der Forderungen der Arbeiter zu bewilligen, die Meister gar nichts. Die Verhandlungen führten daher zu keinem Resultat und die Arbeiter beschloßen den Streik. Daß unsere Forderung keine leichtfertige ist und daß die Waare einen Preisaufschlag verträgt, beweist, daß bis zu dem Tage vor der Arbeitsniederlegung von 86 Meistern, welche ihre Waaren zum Theil nach Auswärts liefern, 29 bewilligt haben, darunter 2 Fabrikanten; so bleiben 17 Meister, bei denen gestreikt wird. Es ist die Aussicht vorhanden, daß noch einige Meister in kurzer Zeit bewilligen werden. Diejenigen, die nicht bewilligen können, werden allerdings zu Grunde gehen. Die Arbeiter werden in den größeren Werkstätten untergebracht. Daß einige Meister, die nur ein paar Arbeiter haben, verschwinden werden, das kann die Gesamtarbeiterschaft

nicht abhalten, in ihrem Kampfe fortzuführen. Augenblicklich stehen 33 Verheirathete mit 27 Ledige im Streit, 10-15 werden noch hinzukommen. Allerdings besteht die größte Zahl der Streikenden aus solchen Kollegen, die so lange unserem Verbands fernstehen, in Folge dessen keine Beiträge an den Verband geleistet haben. Aus diesem Grunde werden wohl vom Hauptvorstande Sammellisten ausgegeben werden und wir bitten die Kollegen allerorts, ihr Scherlein beizutragen zu wollen, um uns in unserem gerechten Kampfe zu unterstützen. Die Kollegen am Orte, welche in Arbeit verblieben sind, bitten wir ebenfalls, die Extrastener, die sich dieselben selbst auferlegt haben, auch pünktlich zu verabsolgen, dann wird der Streik in kurzer Zeit zu Gunsten der Arbeiter beendet werden.

**Schlosser u. Maschinbauern.**

Von Herrn Kolosens, Herbfabrik und Eisenlegerei, in Schaffenburg, erhalten wir eine Zuschrift, in der in Bezug auf die Notiz in Nr. 17 ds. Bl. gesagt wird, daß von den Schlossern nicht die Bezahlung der alten Akkordpreise, sondern 5-30 Proz. erhöhte Akkordpreise verlangt worden seien. Es würden für die gangbarsten, sich täglich wiederholenden Artikel nach diesen Preisen bezahlt wie vor 5 und 6 Jahren.

**Schläger.**

**Bresden.** Zum Stand unseres Streiks theilte die Lohnkommission in der Versammlung vom 28. April mit, daß bis jetzt noch keine Milderung in der Lage eingetreten sei, doch wurde diese Thatsache mit der größten Ruhe entgegengenommen. Die Versammlung war sich bewußt, daß die Meister durch Hinauszögern des Ausstandes versuchen, einen Streit zwischen die Streikenden zu treiben. Doch wird dies traurige Vorhaben erfolglos bleiben. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die Versammlung erklärt, ihren Beschluß, die Arbeit nur dann wieder aufzunehmen, wenn unsere Forderungen vollständig bewilligt sind, hochzuhalten.“

**Feilenhauer.**

**Magdeburg.** Der Zug von Feilenhauern und Schleifern ist fernzuhalten. Bericht folgt.

**Allgemeine Franken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29, Hamburg). Bekanntmachung.**

Die gedruckten Anträge zur 9. ordentlichen Generalversammlung unserer Kasse in Bamberg, sowie neue Adressverzeichnisse sind in letzter Woche versandt worden. Sollte eine Filiale dieselben nicht erhalten haben, so bitten wir, sofort bei uns zu reklamieren.

Das Mitgliedsbuch von Gottlieb Bötker, 47 885, eingetretten am 22. März 1891 zu Budau, ist verloren. Dasselbe wird hiermit für ungültig erklärt.

**Der Vorstand.**

**Berlin.** Die Ortsverwaltungen der 3., 4., 5. und 6. Wahlabtheilung hielten am 18. April eine regelmäßige Sitzung ab. Die Tagesordnung war: 1) Stellungnahme zu den gestellten Anträgen zur Generalversammlung. 2) Statutenberathung. Zu Punkt 1 führte Genosse Meyer aus: Wer die „Met.-Arb.-Ztg.“ in der letzten Zeit verfolgt hat, wird gefunden haben, daß vom Vorstand sowie aus verschiedenen Wahlabtheilungen Anträge zur Generalversammlung gestellt sind, welchen wir unsere Zustimmung versagen müssen. Die Anträge des Vorstandes zu § 10 Abs. 3 und 6 sind für uns unannehmbar. Allerdings würde die Fassung dieses Paragraphen klarer sein, wenn der Antrag des Vorstandes zur Annahme gelangte; aber die Wirkung auf rückfällige kranke Mitglieder bliebe zum Ueberdies eben so hart, wie die gegenwärtige kautschukartige Bestimmung. Und gerade diese Bestimmung auszumergen, muß unsere Aufgabe sein. Es ist geradezu unerhört, uns Mitgliedern zuzumuthen, nur Beiträge zu leisten und uns immer geringere Rechte zu gewähren. Ein Theil der übrigen Anträge geht dahin, eine Beitragsermäßigung oder eine Erhöhung der Unterstützung herbeizuführen; auch diesen Anträgen müssen entgegengetreten werden, weil die dadurch bedingte Mehrbelastung mit der finanziellen Lage unserer Kasse nicht in Einklang zu bringen sei. Genosse Warnst schließt sich den Ausführungen an. Trotz der erfreulichen Ueberzahl, welche die Berliner Mitglieder in den letzten zwei Jahren erzielt hätten, sei dennoch eine ansehnliche Summe zu begleichen, welche in den früheren Jahren durch die traurigen Erwerbsverhältnisse und die Inflationsgebühren verbraucht wurde. Auch er würde, mit Ausnahme des § 10 Abs. 6 des Statuts, welchem er die Fassung vom Jahre 1893 wieder zu geben ersucht, für keine Anträge stimmen, welche hohe Anforderungen an die Kasse stellen. Dem Antrag der 16. und 17. Wahlabtheilung, die Kasse in eine gewöhnliche Unterstützungskasse umzuwandeln,

könne er nicht zustimmen. Es könne und nicht zugemuthet werden, daß wir Verhältnisse, wie sie in den früheren Jahren bestanden haben — kranke Mitglieder mußten oft noch eintreten auf Unterstützung warten — wieder einführen. An der regen Debatte beteiligten sich Schwittau, Meyer, Gutheit, Stabemann, Bredow u. A. Bredow empfiehlt folgende Resolution, welche einstimmige Annahme fand: „Die Filial-Vorstände obiger Wahlabtheilungen erklären sich gegen den Antrag der 16. und 17. Wahlabtheilung auf Umwandlung in eine Unterstützungskasse; obwohl derselbe gut gemeint sein mag, erscheint er aus verschiedenen Gründen nicht durchführbar, insbesondere würde eine genügende Garantie nicht vorhanden sein, um den erkrankten Mitgliedern die statutengemäßen Unterstützungen sicher zu stellen.“ Bei der Statutenberathung wurde eine Anzahl Paragraphen dem Gedankengang der Versammlung entsprechend geändert. Von der Verabschiedung der Anträge wird Abstand genommen, weil dieselben schon von verschiedenen Filialen bekannt gemacht und dem Vorstande eingereicht worden sind. Von der Filiale Berlin 2 ist uns eine Korrespondenz zugegangen, welche wir durch die obigen Berathungen und Beschlüsse für erledigt halten. (Med.)

**Fermerleben.** In der letzten Mitgliederversammlung stand Statutenberathung und Delegirtenwahl auf der Tagesordnung. Der § 10 Abs. 6 wurde hauptsächlich zur Berathung gezogen und es entspann sich über den Zusatz des Vorstandes: „wenn nicht durch den Vertrauensarzt bezeugt wird“, eine lebhafteste Debatte. Wir haben hier ein Mitglied (Diek), welches mehrfach an Lungentuberkulose erkrankt ist, aber fast immer vom Arzt als gesund entlassen wurde. Derselbe war das letzte Mal krank an Lungentuberkulose vom 11. April bis 12. Juni 1892 und wurde vom Arzt für gesund erklärt. Der Vorstand theilte nachträglich mit, Diek vom Vertrauensarzt nochmals untersuchen zu lassen. Dem wurde stattgegeben und der Arzt konstatierte, daß Diek zur Zeit „vollständig gesund“ wäre. Das nächste Mal vor Diek vom 29. September bis 13. Oktober 1895 an Bluthusten krank und wurde „gebessert“ entlassen. Daraufhin wurden wir am 28. Dezember 1895 vom Vorstand aufgefordert, Diek zum Vertrauensarzt Dr. Schmidt in Sudenburg zu einer außerordentlichen Untersuchung zu schicken, welchem D. nachkam. Darauf kam vom Vorstand der Bescheid, an D. unter keinen Umständen, wenn derselbe erkrankte, mehr Krankengeld zu zahlen und denselben aufzufordern, die zu viel erhaltene Unterstützung von M. 80,93 zurückzugeben. Der Vorstand hat die Krankheit von 1883 an bis dato als Fortsetzung betrachtet, trotzdem D. über 3 Jahre vollständig mit der Krankheit nichts zu thun gehabt hat. Die Versammlung sprach ihre Entrüstung darüber aus, daß der Vorstand so ungerecht vorgeht und sich die allen Mitglieder so vom Halse wälzen will. Die Versammlung verworf auch den neuen Antrag des Vorstandes, da sich derselbe vollständig mit dem alten deckt und noch weiter ausgedehnt werden kann. Darauf stellte Schulz den Antrag: „Dem Mitgliede, so lange es Mitglied ist, die Unterstützung unbeschränkt zu gewähren, so bald es gesund entlassen ist.“ Der Antrag wurde einstimmig angenommen mit dem Bemerkten, lieber ein paar Pfennige Beiträge mehr zu bezahlen, als solch alten Mitgliedern vor den Kopf zu stoßen. Wenn Geld erpart werden müsse, so sind andere Punkte da, wo es zu holen ist. (Z) — Zu § 18 Abs. 15 wird beantragt: Je nach der Stärke der Mitgliederzahl die Prozente zu verrechnen, bis zu 100 Mitgliedern 4 1/2 Proz., bis 200 Mitglieder 4 Proz., über 200 Mitglieder 3 1/2 Prozent, über 500 Mitgl. 3 Proz. — § 22 Abs. 1: Dem Beschwerdeführer ist binnen 14 Tagen Bescheid zugehen zu lassen, daß die Beschwerde eingegangen ist. — § 27 hinzuzufügen: Wenn ein Abgeordneter verhindert wird, die Generalversammlung zu besuchen, so hat er dies dem Vorsitzenden der Wahlabtheilung mitzutheilen, worauf dann das Mandat dem Kandidaten, der die nächstmeisten Stimmen erhalten hat, zu übertragen ist. — Zu § 23 stellt Breitholz den Antrag: Keinen Lokalbeamten zu Abgeordneten zu wählen, indem er der Meinung ist, daß die Lokalbeamten nicht das genügende Interesse für die Mitglieder haben. Dieser Antrag wurde nach lebhafter Auseinandersetzung mit allen gegen eine Stimme abgelehnt.

**Frankfurt.** Auch in unserer Filiale wurde gelegentlich der Delegirtenwahl eine Diskussion über § 10 Abs. 6 des Statuts gepflogen. Man sprach sich dahin aus, den Delegirten an's Herz zu legen, unbedingt dahin zu wirken, daß der Zusatz: „wenn nicht durch den Vertrauensarzt zc.“ gestrichen werde, und daß nicht eine 2c. gestrichen mehrere Jahre zurückdatirt, als ein und dieselbe zu betrachten sei.

**Litterarisches.** Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. F. W. Diek Verlag) ist soeben das

Bl. Heft des 14. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Eine Jahreswoche. — Zum Gewerkschaftskongress. Von Hugo Wösch. — Zur Geschichte der Maidemonstration für den geselligen Nachmittags in England. Von Edward Welling. — Ein Bauer über die Agrarfrage. Von Karl Kautsky. — Revue der Meinen. — Literarische Rundschau. — Notizen: Zur Statistik der Arbeitslosen in Österreich. — Familien: Das Ende vom Liede. Eine Geschichte von Konrad Teiman. (Fortsetzung.)

**Zur Naturgeschichte der Frankfurter Zeitung** und der bürgerlichen Demokratie. Meditationserlebnisse von Dr. Max Duard. (Verlag der „Volksstimme“, Frankfurt a. M. Preis 25 „S.) — Der demokratischen „Frankfurter Zeitung“ haftet in sozialpolitischen Dingen noch heute und auch in unseren Kreisen ein gewisser guter Ruf an. Daß das große Demokratenblatt hierbei nur von dem Ueberbleibsel besserer Tage zehrt und sich längst zu rein kapitalistischer Anschauungsweise durchgemauert hat, beweist die obige Broschüre auf's Schlagendste. Sie wirft durch Schilderung von Redaktionsvorgängen interessante Schlaglichter auf diesen Manerungsprozess während der neuen Ära der Arbeiterbewegung; das Resultat war damals, daß dem Genossen Dr. Duard ein Verbleiben in der Redaktion: des demokratischen Blattes schließlich unmöglich gemacht und er durch die Regie der Thatsachen in die Reihen der Sozialdemokratie geführt wurde. Anlaß zu der Broschüre gab die um Ostern d. J. zweimal erfolgte Behauptung der „Frankfurter Zeitung“, es sei eine wesentlich unwahre Angabe Duard's, daß er wegen seiner radikalsten sozialpolitischen Haltung aus ihrer Redaktion habe ausscheiden müssen. Genosse Dr. Duard veröffentlichte daraufhin in drei Artikeln der „Frankfurter Volksstimme“ den wesentlichen Inhalt der vorliegenden Broschüre, ohne daß in einem Zeitraum von drei Wochen die demokratische Frankfurter Aktion mit einem Wörtchen darauf reagiert hätte.

Zu Verlage von J. S. W. Dieck in Stuttgart ist soeben erschienen: **Die englische Gewerkschaftsbewegung**. Nach G. Howell's „The conflicts of capital and labour“ von C. Hugo. (23. Band der Internationalen Bibliothek, 1. Serie.) Preis Broschüre 1,50, gebunden 2,20. Am Schluß der Vorrede schreibt C. Hugo Folgendes: „Es war bei der Bearbeitung des Howell'schen Buches unser Bestreben, in einem kleinen Bändchen ein Bild von dem Wesen und Wirken der englischen Gewerkschaften zu geben und zugleich in aller Kürze die Probleme anzudeuten, welche einer zukünftigen Lösung harren. Das letzte Jahr hat uns in Deutschland ein solches, im Verhältnis zu ihrer Bedeutung ganz übermäßig großes Ueberwuchern der Agrarfrage gebracht, daß es nicht unangemessen scheint, den Blick einmal wieder auf die Gewerkschaftsbewegung im Allgemeinen und die deutsche im Besonderen zu lenken. Möge dies Bändchen mit seiner Darstellung der entwickeltesten Gewerkschaftsbewegung der Welt sein Teil zur Förderung der deutschen Gewerkschaftsbewegung beitragen.“

**Briefkasten.**

**H., Kesselschmid.** Ihre Einsendung entbehrt jeden sachlichen Interesses.  
**H., Sieghütte.** Die Aufnahme Ihrer Einsendung würde nur eine unerquickliche Polemik zur Folge haben, wodurch der Kasse nichts genützt würde. Bringen Sie ev. die Affaire zur Kenntnis der Generalversammlung.  
**H., Gröbningen.** Wie oft müssen wir es denn wiederholen, daß man uns über solche Versammlungen resp. Vorträge keine so langen Berichte senden soll? Vor allem wäre doch nöthig, daß man das Wesentliche des Vortrages in markanten Sätzen fixierte, davon ist aber in diesem Falle keine Rede. Wir verweisen zu allem Ueberflusse auf den Beschluß der Magdeburger Generalversammlung. — Auch Festberichte können wir entbehren.

**Verbands-Anzeigen.**

Zu jeder Versammlung werden neue Mitglieder aufgenommen und können Beiträge bezahlt werden.

**Altenburg.** Sonnabend, 9. Mai, Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Fürstenteller“. Vortrag über: Die Idee des ewigen Friedens. Ref.: Wreßler Wiener.  
**Altona.** Montag, 11. Mai, bei Meyer, Hospitalstr. 1, Mitglieder-Versammlung. — Sonntag, 21. Juni, Dampftour nach Glückstadt.  
**Augustburg.** Samstag, 9. Mai, Mitglieder-Versammlung. — Mitglieder,

welche zum Friedensfeste die Ausstellung in Nürnberg besuchen wollen, können zu diesem Zwecke der Verwaltung in jeder Versammlung Spareinlagen übergeben.

**Apolda.** Sonntag, 9. Mai, Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Vormärz. Vortrag.

**Barmbeck.** Montag, 11. Mai, Abds. halb 9 Uhr, bei Ellerbrock, Hamburgerstr. 134, Mitglieder-Versammlung. Internationaler Kongress in London. Kartellbericht. Inisere Morgentour.

**Bautzen.** Sonnabend, 9. Mai, Mitglieder-Versammlung im „Jägerhof“. Wahl des 1. Bevollmächtigten. Stellungnahme zu der Firma Bleichschmidt & Stelzer.

**Bodenheim.** Samstag, 9. Mai, Nachm. 4 Uhr, im „Abler“, Frankfurterstraße 68, Mitglieder-Versammlung. Vortrag von Gen. M. Duard aus Frankfurt. — Samstag, 16. Mai, Abds. halb 9 Uhr, in der „Walhalla“, Gremplstraße 5, Mitglieder-Versammlung. Vortrag von Genosse Schenning aus Frankfurt über: Die Partiser Kommune. — Die Restanten werden an ihre Pflichten erinnert.

**Brandenburg.** Montag, 11. Mai, Abds. halb 9 Uhr, bei Winkel, Hauptstr. 34, Mitglieder-Versammlung. Die wirtschaftliche Lage der Metallarbeiter Brandenburgs.

**Braunschweig.** (Sektion d. Klempner.) Dienstag, 12. Mai, Abends halb 9 Uhr, im „Bayerischen Hof“, Versammlung. Vortrag des Genossen Göb über: Kranken- und Unfallversicherung.

**Canstatt.** Samstag, 9. Mai, Mitglieder-Versammlung. Besprechung über einen Frühjahrsausflug.

**Canstatt.** (Sektion der Formier.) Samstag, 9. Mai, Monatsversammlung bei F. Bäuerle, Hallstr.

**Essen.** Sonnabend, 16. Mai, Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Müller. — Am Samstagabend 16. Mai, Abds. 8 Uhr vom Albrechtsplatz. — Die Restanten werden ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen, widrigenfalls wir streng nach dem Statut verfahren. — Adresse des Vertrauensmannes: Friedrich Domack, Klempner Amalienstr. 7, Part.

**Dresden und Umgegend.** Sonntag, 10. Mai, große Partie zu Schiff mit Musikbegleitung nach Meierwerthe, Osterberg, Göhlis, Dörfelst im „Elschöpfung“ Tanz. Sammelplatz halb 2 Uhr. Haltestelle: Mendorf, Leipziger Vorstadt. Zahlreiche Theilnahme erwünscht.

**Durlach.** Samstag, 9. Mai, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Gasthaus zum „Döhen“. — Die Kollegen von Aue treffen sich Sonntag Vormittags 11 Uhr in der „Blume“ daselbst.

**Eimshorn.** Samstag, 16. Mai, Versammlung bei H. Großmann. Vortrag.

**Ehlingen.** Samstag, 9. Mai, Abends halb 8 Uhr, Versammlung in Schlegels Bierhalle. — Die Restanten werden an ihre Pflichten erinnert.

**Frankenthal.** Samstag, den 9. Mai, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokal Gröbningen. Vortrag: Das Denunziantentum. Wahl der Delegierten zur Konferenz nach Ludwigshafen. Ausflug. — Das Agitationskomitee macht die einzelnen Filialen auf die am 14. Mai in Ludwigshafen stattfindende Konferenz nochmals aufmerksam.

**Frankfurt a. M.** (Sektion der Spengler und Installateure.) Samstag, den 9. Mai, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokal des Herrn Steln, gr. Eschenheimerstr. 23. Vortrag von Genosse Dr. Max Duard über die Vernichtung des Handwerks in der Metallindustrie. Arbeiterssekretariat.

**Göppingen.** Samstag, 9. Mai, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung.

**Görlitz.** Montag, 11. Mai, Abends halb 9 Uhr, Versammlung im H. Konzerthausaal. — Den reisenden Kollegen zur Notiz, daß das Reisegeld von jetzt ab Sumis, Nr. 15, ausbezahlt wird.

**Hannover.** (Allg.) Montag, 11. Mai, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im H. Saale des Ballhof.

**Kaiserlautern.** (Allg.) Samstag, 16. Mai, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Gesellschaftshaus, Steinstraße 26.

**Kiel.** Mittwoch, 13. Mai, Abends 8 Uhr, kombinierte Mitglieder-Versammlung beider Verwaltungsstellen. Berichterstattung vom Gewerkschaftskongress. Stellungnahme zum Stiftungsfest.

**Karlruhe - Mühlburg.** Samstag, 9. Mai, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung mit Vortrag in der Kaiser-Allee.

**Karlruhe.** Sonntag 10. Mai, Ausflug nach Ettlingen, Schellbrunn. Abfahrt am Hauptbahnhof um 6 Uhr Morgens bis Ettlingen. Die Kollegen werden ersucht, sich zahlreich zu betheiligen.

**Kochhausen.** Sonntag, 10. Mai, Dor-mittags 10 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Verbandslokal.

**Magdeburg.** (Sektion der Feilenhauer u. Ver.) Sonntag, 17. Mai, Nachmittags 3 Uhr, Versammlung in Buchhofs Restaurant, Katharinenstr. 6.

**Mühlhausen i. S.** Montag, 11. Mai, Abends 8 Uhr, Sitzung bei Kiehmüller.

**München.** Samstag, 9. Mai, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Gasthaus „Oberott“, Sendlingerstr. 65.

**Münster i. W.** Samstag, 16. Mai, Abends 9 Uhr, Versammlung beim Wirth Post, Langenstraße 23. — Die Restanten werden an ihre Pflichten erinnert.

**Nürnberg.** (Allgem. Bahnt.) Samstag, 16. Mai, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Herzog, Neuhofstraße. — Wohnungsveränderungen wollen dem Einkassier mitgeteilt werden. — Adresse des Bevollm.: K. Dreber, Merkersgasse 8; des Kassiers: W. Kümmerle, Frauenthor. 50.

**Nürnberg.** (Sektion der Mechaniker, Zungieher u. v. S.) Samstag, 9. Mai, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokal, Bürgeraal, Steinbühl.

**Oberndorf a. N.** Samstag, 9. Mai, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Gasthaus zur „Sonne“.

**Pforzheim.** Samstag, 9. Mai, Mitglieder-Versammlung in der Germania, Neustadt-Brödingen.

**Schönberg.** Sonnabend, 16. Mai, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Döhr, Grunewaldstr. 110. Vortrag von Genosse G. Faber über: Die Ziele der Gewerkschaften. Kassenbericht. Verbandsangelegenheiten.

**Schweidnitz.** Adresse des Bevollm.: Karl Gahnheiser, Grobstr. 12, III. Alle Zuschriften sind an diese Adresse zu richten.

**Schwelmungen.** Samstag, Abends 8 Uhr, Versammlung im Lokal.

**Schramberg.** Samstag, 9. Mai, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Mühle“. Kassenbericht. Besprechung über einen Ausflug.

**Spandau.** Freitag, 15. Mai, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Madde. — Die Restanten werden an ihre Pflichten erinnert. — Adr. des Bevollm.: Emil Schabenberg, Neumeisterstr. 13.

**Steglit.** Das Verlehrs- und Versammlungslokal befindet sich Alhornstr. 15a, daselbst findet jeden Sonnabend nach dem 15. eines jeden Monats Mitglieder-Versammlung statt.

**Stettin.** Sonnabend, 9. Mai, Abends 8 Uhr, kombinierte Mitglieder-Versammlung bei Struck, Neue Brauerei, Zabelsdorfer- und Heinrichstr.-Ecke. Sommerer-gnügen. Bibliothek.

**Stuttgart.** (Sektion der Flascher.) Samstag, 9. Mai, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Hirsch“.

**Velbert.** Sonnabend Abends von 9 bis 11 Uhr, Sonntag Vormittags von 8 bis 12 Uhr bei Joh. Franzmann, Werdeners-trasse 40.

**Willingen.** Samstag, 16. Mai, Mitglieder-Versammlung in der Bierbrauerei Ott.

**Witten.** Sonntag, 10. Mai, Vormittags 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Der Achtstundentag. Referent: W. König. Wahl eines Bevollmächtigten.

**Zittau.** Dienstag, 12. Mai, Abends halb 9 Uhr, Zahlabend in Herrmann's Restaurant, äußere Döbnerstraße.

**Allgem. Franken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.**

**Braunschweig.** Montag, d. 11. Mai, Abds. 8 1/2 Uhr, bei Baes, Alte Knochenhauerstraße 11, Mitglieder-Versammlung. Beratung der Anträge für die General-versammlung und sonstige Kassenangelegenheiten.

**Öffentl. Versammlungen.**

**Düsseldorf.** Sonntag, 10. Mai, Nachm. 4 Uhr, bei Kochhausen, große öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. Vortrag über: Kartelle, Trusts und Ringe. Referent: Kollege Neumann-Ebersfeld. Die Arbeiter der Firmen Weichmüller & Co., Wortmann & Ebers und Giby sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen.

**Greiz.** Sonnabend, 16. Mai, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. Näheres in der „Neu. Volksztg.“

**Nürnberg.** (Sektion der Rothgießer, Gärtler und Metallbreher.) Sonntag, den 10. Mai, Vormittags halb 10 Uhr, im Café Werk, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. Der Streit von Ebblein u. Kraft (Metallgußwaaren-Fabrik).

**Rehrort.** Sonntag, 17. Mai, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung im Lokale des Herrn Hochstrat z. „Schiffershaus“, Albstadt. Agitation. Gewerkschafts-frage.

**Anzeigen.**

**Nachruf.**

Am 30. April starb nach kurzem aber schweren Leiden unser Kollege, der Schlosser **Franz Sprung** im 18. Lebensjahre an der Proletarierkrankheit. Ehre seinem Andenken. Ortsverwaltung Krieg i. Schl.

Der Gehilfen **Emil Teuke**, geb. zu Muskau, B.-Nr. 94 137, wird ersucht, seine Adresse anzugeben. Die Verwaltungsstelle, welcher L's. Aufenthalt bekannt ist, wird um Mittheilung gebeten.

**Ortsverw. Augsburg.**

Der Former **Bernhard Luber** aus Nürnberg, B.-Nr. 77 351, wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen nachzukommen, sowie die bekannten Sachen sofort retour zu erstatten. Zahlstellen, welche L. berührt, werden ersucht ihm Dies mitzutheilen.

**Joh. Andr. Dell, Crimwiltshau.**

Der Kesselschmid **Adolf Schilde**, ein getreten in Nischenleben, wird betreffs Invalidenangelegenheiten um seine Adresse ersucht. Verwaltungsstellen und Kollegen werden um Mittheilung gebeten. Sch. hielt sich vor Weihnachten in Brühl i. Medlenb. auf.

**Verwaltungskasse Zeitz.**

Der Former **Karl Berkow** aus Magdeburg, B.-Nr. 20 765, wird aufgefordert, seine Adresse an die **Ortsverwaltung Görlitz** betr. Zusendung seines Mitgliedsbuches, mitzutheilen. R. hat dasselbe bei seinem Wirth liegen lassen. Es wird gewarnt, ihm ein neues Buch auszustellen.

Der Former **Gustav Klingler** wird ersucht, seinen Verpflichtungen nachzukommen. **Albert Schneider**, Kleber, Jülich IV, Spöngerstr. 15.

Der Feilenhauer **Karl Britsch** wird ersucht, wegen bringender Angelegenheit seine Adresse sofort gelangen zu lassen an **A. Treiber**, Feilenhauer, Dillstein, Waben.

**Tüchtiger Feilenschleifer**, deutsch, zum sofortigen Antritt gesucht. **Dampfschleiferei Radebeul b. Dresden.**

Ein **Feilenhauer** findet dauernde Beschäftigung bei **Juch**, Frankfurt a. M.-Bodenheim.

Einen tüchtigen **Feilenhauer** sucht **Leonhard Hönnig**, Feilenhauerstr., Gunzenhausen.

**Feilenhauer** und **Schleifer** mit Motorentrieb ohne Konkurrenz beabsichtige ich unter günstigen Bedingungen zu verkaufen, da ich am Selbsttrieb durch unheilbare Krankheit verhindert bin. Für strebsamen, tüchtigen Feilenhauer Gelegenheit zur Erläuterung einer sicheren Lebensstellung. **A. Bahr**, Stolp i. Pomn.

**Weißel**, Die Schule des Maschinen-Technikers. Verlag von M. Schäfer, Leipzig. 68 Hefte, sonst à 50 „S. passend für Maschinenbauer zc. ist Umstände halber billig abzugeben. **F. Wäther**, Schwerin, Wittenburgerstr. 26.

**Nürnberg.**

**H. Sebald's Wirthschaft**, Maxfeldstraße 79, am Hauptring links. Zur Landes-Ausstellung erlaube ich mir, allen Genossen mein Lokal in empfehlende Erinnerung zu bringen. **Konrad Sebald.**

**Fachschriften für Metallarbeiter.** Franco-Zusendung bei Einsendung des Betrages. Bitte Katalog zu verlangen. **Joh. Sassenbach**, Bücher-Verband und Verlag, Berlin 4.

**Stomke's Städtebuch** für reisende Arbeiter, Handwerker u. Künstler, mit farbiger Eisenbahn- u. Wegkarte von Deutschland u. angrenz. Ländern. 356 Seiten Text in Leinen geb. Preis 1,60. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen od. gegen Einsendung von 1,60 auch in Briefmarken. **G. Stomke's Verlag**, Bielefeld.